Dienstag, 17. Juni 1924. Einzelnummer 15 Groschen. 63. Jahrgang. Nr. 137.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty:
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, Reklameteil 25 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.

Ukrainer und Weißrussen.

Unerhörte Worte sind gestern im Sejm laut geworden. Töne, wie sie in ihrer Kühnheit und wilden Kampfandrohung im polnischen Sejm, seit der Gründung des neuen Staatswesens noch niemals gehört worden sind. Sie kamen von den Ukrainern Wasynczuk, Wostjuk und Taraskiewicz, und sie sind der Aufschrei eines in gefährlicher Gärung brodelnden Volkes.

Vor einem Jahre, als Sikorski noch Ministerpräsident war, hat er einen zuverlässigen Mann, den Professor Konstantin Skrokowski nach den Ostprovinzen entsandt mit dem Auftrag, einen zuverlässigen Bericht zusammenzustellen. Skrokowski hat sich seiner Aufgabe in mustergültiger Form entledigt. Seine Erfahrungen hat er in einer Broschüre niedergelegt, die in ihrer unerschrockenen Wahrheitsliebe ein furchtbares Bild der Mißstände in den weißrussischen und ukrainischen Gebieten enthüllt. Das polnische militärische Ansiedlerwesen, die Unterdrückung der Schulen, die Mißwirtschaft der Beamten, der Mangel jeder Gerechtigkeit, die Wegnahme der Kirchen und des Kirchenvermögens, die absolute Untätigkeit der Regierung im Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer, das sind dach Skrokowski die Gründe, die aus den anfänglich den Polen wohlgesinnten Ukrainern und Weißrussen **gefährliche Feinde des polnischen Staates gemacht haben.** Zehntausende Bauern, so erzählt Skrokowski, leben noch auf dem nackten Boden oder in furchtbaren Höhlen. So schlimm ist der Zustand der Landstraßen, daß im März des vorigen Jahres auf der Chaussee bei der Gemeinde Rozwaz ein Bauer samt Wagen und zwei Pferden rettungslos im Schlamm verschwand.

Und nun kamen die Steuereintreiber. Die Bauern sollten schwere Summen zahlen. Wofür? so fragten sie. Was hat Polen für uns jemals anderes getan, als daß es uns bedrückte? Wo hat es Wege wieder angelegt, wo Dörfer aufgebaut, was hat es mit unseren Schulen, mit unseren Kirchen gemacht. Was tun die fremden Soldaten und ihr bewaffneter Organismus auf unseren Ansiedlungen? So lauteten die bitteren Fragen. Es kam zu Widerständen gegen die Steuererhebungen und auch gegen die militärischen Einberufungen, von denen man im polnischen Publikum kaum eine Ahnung hat. Die Steuer war der gefährlichste Funken, der in das weißrussisch-unkrainische Pulverfaß hineingefallen ist. Und wenn man sich heute eine Vorstellung machen will, von dem, was in den Ostgebieten geschieht, so muß man die Reden ihrer Sejmvertreter anhören. Es sind Äußerungen des schlimmsten Aufruhrs!

Der „Kurjer Poranny" sagt ganz richtig, man soll die heutigen Reden nur einmal mit denen vergleichen, die noch vor anderthalb Jahren gehalten worden sind, um zu erkennen, wohin die Mißwirtschaft der polnischen Beamtenverwaltung geführt hat. **Die Äußerungen der Juden und die ruhigen Erklärungen der Deutschen waren oppositionell aber loyal,** meint das Blatt. Auch könne man die Reden der Ukrainer nicht mit sinnlosem Geschmetter der Kommunisten vergleichen. Nein, die Leute vom Schlage des Taraskiewicz künden Polen den Kampf ohne Pardon an. Es geht nicht mehr um Schulen, um Sprache, um Autonomie. Nein! was die Herren heute verlangen, ist die Unabhängigkeit der von ihnen vertretenen Gebiete, die Anschließung Ostgaliziens an die Ukraine und Weißrußlands an die Weißrussische Republik!

Das ist der Kernpunkt der bedrohlichen Lage! Und gegen diese Gefahren können geheime Konventikel (wie der jüdische Abgeordnete Thorn sie nennt), in denen unter Ausschluß der Minderheitenvertreter über die Minderheitenfragen im Palast des Ministerpräsideneten beraten, nichts helfen. Hier ist eine offene, klare, entscheidende und mutige Umkehr in der Politik gegen die Minderheiten, eine das Leben Polens auf das innigste berührende Forderung des Augenblicks. Schöne Phrasen genügen nicht. Ebensowenig Scheinmaßnahmen, mit denen man das Ausland zu befriedigen hofft, und wie sie sich in dieser merkwürdigen geheimen Sachverständigenkonferenz kundgeben. **Es bleibt dem Ausland nicht verborgen,** wie das der kluge und unbeugsame sozialistische Führer Daszyński in seiner glänzenden Rede in der Außenkommission aussprach, **wenn Polen vor dem Völkerbund durch seinen Delegierten Koźmiński verpflichtet, keinerlei Maßnahmen gegen Deutsche bis zur endgültigen Entscheidung der Rechtslage zu treffen, und wenn es dann unbekümmert um dieses Versprechen deutschen Besitz liquidiert.**

Eine gerechte Minderheitenpolitik, Achtung vor den internationalen Verträgen und Verpflichtungen, das sind die einzigen Mittel, die Polen an der heutigen schweren Stunde helfen können, die sein Ansehen im Ausland stärken, die das Vertrauen zu seiner Festigung kräftigen, und die es ihm möglich machen werden, die zu seiner Gesundung so dringend nötigen auswärtigen Anleihen zu erhalten.

Eine sensationelle Rede in der Außenkommission.

Graf Zamoyski wieder genesen. — Daszyński spricht. — Seyda und der Völkerbund. — Der „Jude" Drummond . . . — Peitschenhiebe. — Der Stammbaum. — Um das Budget. — Der Ministerpräsident verteidigt sich. — So rasch wie nur möglich.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Es ist nötig, mit einigen Worten auf die gestrige Sitzung der Außenkommission zurückzukommen. Zwei Erscheinungen gaben ihr den sensationellen Charakter. Zamoyski, der Außenminister, war von seiner Krankheit, in der man schon eine unheilbar diplomatische vermutete, wieder aufgestanden, und Daszyński, der weit über den Kreis seiner Partei hochverehrte sozialistische Führer, war ebenfalls nach langer Zeit der Krankheit wieder in den Kreis der Beratungen eingetreten. Seine Stimme ist mächtig. Der Bau seiner Sätze kurz, treffend, scharf. Die ihn anhören, finden nicht Muße, unaufmerksam zu werden. Er spannt den Atem und stachelt an mit seinen beißend ruhig-witzigen Ironien. Und er, der starke charakterfeste Mann, **hat es nicht nötig, vor der Wahrheit zurückzuscheuen.** Es war schon amüsant, als er begann. Was heißt nun eigentlich solch eine Debatte über die Rede eines Ministers, die vor einem Monat gehalten wurde, ohne daß der Minister das Vertrauensvotum erhielt, also vor einem Minister, der in der vollen Blüte der Krisis steht? Er schildert dann so manches, was andere Redner vor ihm schon gesagt haben, die merkwürdige Abreise Chłapowskis am Tage vor den französischen Wahlen, als er es nach ganz kurzer Tätigkeit für nötig fand, Erholung auf seinen riesigen Gütern zu suchen, die Mißgriffe Skirmunts vor dem Völkerbund und den grotesken Zustand, daß beide immer noch in ihren Stellungen behalten werden, während Askenazy, der „Jude und Freimaurer", der Polen so unzählige Dienste geleistet hatte, kalt gestellt sei, und er gibt einen gewissenhaften historischen Rückblick über den politischen Kampf um Wilna, der alle die Fehler des nationalistischen Lagers in helles Licht rückt. Wie gesagt, was Daszyński vorbringt, ist nicht neu, aber die Art, wie er es darstellt, ist so fesselnd, daß auch seine Gegner gebannt zuhören.

Sehr interessant sind seine Mitteilungen über die wundersame Art, wie Seyda den Sekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond zu behandeln für gut befand. Wir wissen, daß sich Seyda, als Drummond in Warschau auf der Durchreise nach Danzig weilte, sich rühmte, **dem Sekretär offen ins Gesicht gesagt zu haben, allein der Völkerbund sei an dem Widerstande Danzigs schuld.** Herr Seyda hatte damals viel Erfolg — im polnischen nationalistischen Lager und bei Leuten von der **völligen Unkenntnis außenpolitischer Dinge,** von der Art des Herrn Stroński von der „Rzeczpospolita", seinem Ratgeber. Sir Eric Drummond aber **begab sich direkt nach Danzig und hielt eine Rede, aus der man schon klar erkennen konnte, daß der Völkerbund Polen in seinem Streit mit Danzig** den Polen Unrecht geben würde. Es wäre das auch ohne die Ungeschicklichkeit Seydas gekommen, **denn Recht muß Recht bleiben.** Aber Herr Seyda hat diese glückliche Erledigung der Angelegenheit für Danzig sichtbar befördert. Nun wissen wir, daß die Seyda nahestehende Presse den Sekretär Eric Drummond **als einen verkappten Juden hinstellte, der in Wirklichkeit Dreimund heiße.** Unbekannt aber war, was Daszyński nun erzählte, und woraus man ableiten muß, **daß Seyda zum mindesten diesen Blödsinn geglaubt, wenn nicht gar unterstützt hat.** Als Seyda den für Polen so wichtigen Sekretär zum Frühstück einlud, bewies er seine Verachtung für den „Juden" dadurch, daß er als einladender Minister **eine halbe Stunde zu spät kam,** weshalb Sir Eric Drummond am nächsten Tage in irgendeinem Restaurant zu Mittag speiste. Dabei ist Drummond **gläubiger Katholik,** er ist mit hohen katholischen geistlichen Würdenträgern verwandt, und diese Chance, einen englischen Katholiken in Warschau in solch wichtiger Sache zu haben, **hat Seyda so wenig zu würdigen verstanden, daß noch nicht einmal der Kardinal Kakowski, den Drummond besuchte, davon verständigt wurde, daß Drummond Katholik sei!**

Mit beißender Ironie rechnet Daszyński mit Stroński ab, der die Kühnheit hatte, dem ihm weit überlegenen Dąbski Taktlosigkeiten gegen Zamoyski vorgeworfen zu haben. Wie Peitschenhiebe sausen seine Worte auf Stroński nieder, als er ihm alle die unglaublichen Worte der Herabsetzung wiederholte, die Stroński gegen Piłsudski, als er noch Staatschef war, und gegen den Präsidenten Narutowicz geschleudert hatte. Sehr interessant war auch die Feststellung Daszyńskis, daß der Außenminister Zamoyski gar nicht von dem berühmten stolzen Sieger des Jahres 1587 (!) abstamme. Aus dieser Abstammung sollte für den heutigen Zamoyski sozusagen ein besonderes Verdienst konstruiert werden. Der Außenminister stammt aus einer Seitenlinie, und seine Vorfahren waren nichts weniger als stolze Gegner der Russen und Österreicher.

Der berühmte Hetman hatte den Titel eines „Fürsten des Römischen Landes", der Vorfahr des Außenministers aber nahm den Rang eines Grafen und Geheimrates von den Habsburgern an. Stanislaus Zamoyski aber flüchtete 1830 nach Rußland und wurde russischer Graf und Geheimrat unter Nikolaus I., während ihn gleichzeitig der Senat aus der Mitgliederliste strich. Nun ist es merkwürdig, daß gerade ein Sozialist diese genealogische Geschichte der Zamoyski widergibt, an der der heutige Graf völlig schuldlos ist, möge sie nun zu seinem Vorteil oder Nachteil sprechen. **Aber die Torheiten der Leute vom Schlage Strońskis zwingen ihn dazu.**

Schließlich richtete Daszyński noch einige Worte an die Adresse Wasyńczuks. Die Politik des Plebiszites für die Ostprovinzen macht Daszyński, trotz seiner Sympathien für die Ukrainer und Weißrussen, **nicht mit, und wenn Wasyńczuk heute behauptet, bei den Bolschewisten hätten es die Ukrainer und die Weißrussen besser als in Polen, so möchte er nur mit der Frage darauf erwidern, welcher von den ukrainischen Herren, die heute derart im polnischen Sejm redeten, wohl von den Bolschewisten, als Sozialdemokraten zuerst aufgehängt würden!**

Sejmsitzung vom 14. Juli.

Grabskis zweite Rede.

Man fuhr mit der Beratung der einzelnen Artikel des Budgets fort. Zunächst kam der Haushalt der Obersten Kontrollkammer. Die Abstimmung wird gleichzeitig mit der Abstimmung über die weiteren Posten erfolgen. Dann war das Budget des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung. Grabski benutzte diese Gelegenheit, um seine Verteidigungsrede gegen die Angriffe zu richten, die seine erste Rede hervorgerufen hat. Grabski ist ein Mann von starrer Überzeugung, den irgend welche Einwände nicht aus dem Konzept bringen. Das ist in gewisser Hinsicht gut. In anderer aber, wenn es sich um so schwere Mißstände handelt, wie die heutige Krise, doch nicht übermäßig beruhigend. „Wer war schuld daran, wenn ich mit dem Sanierungsprogramm so rasch vorgehen mußte? Doch lediglich der Sejm" — so kalkulierte etwa Grabski. Er erklärte, er hatte ursprünglich die Absicht, drei Jahre auf seine Arbeit zu verwenden. Dann forderte er ein Jahr lang Handlungsvollmacht. Der Sejm aber hat ihm nur ein Jahr bewilligt. „War das mein Fehler?" — so fragte Herr Grabski unschuldig. Aber er ist ganz der Meinung, daß **alles so rasch wie möglich** gemacht wurde, und er hat Gewissensqualen, daß er statt der vorgesehenen 166 Millionen Vermögenssteuer nur 115 für das erste halbe Jahr erhalten konnte. Von den 166 Millionen sollten 83 von den Landwirten kommen. Aber die Landwirtschaft **kann nur 55 Millionen aufbringen.** Es mangeln also noch 30 Millionen. Man habe ihm Vorwürfe über seine Kreditpolitik gemacht. Aber solle man Kredite geben, damit ohne Rücksicht auf die Preise **lediglich weiter produziert werde?** Das führe einfach zur Teuerung. Wie viel Ware liege heute auf Lager. Das sei die Frage. Der Kredit müsse die Verbilligung, aber nicht die Verteuerung herbeiführen. Es sei eine wahre Ironie des Schicksals, wenn man ihm Vernachlässigung der Dörfer vorwerfe. Von den Steuern entfallen auf die Städte einige 50 Prozent, auf die Dörfer einige 40 Prozent, und davon ein Fünftel auf den kleinen Ackerbau. Ich habe wohl den Selbstverwaltungen einige Aufgaben aufgebürdet, wie die Zahlung der Lehrer, aber ich habe auch sofort für Deckung gesorgt, und wenn ich ihnen erlaubt hätte, dafür Abgaben zu nehmen, so wäre die Bodensteuer sicher um 100 Prozent erhöht worden.

Bei der Ausfuhrabgabe für Getreide hatte ich eine harte Hand, denn ich wollte die Brotpreise auf einem gewissen Niveau erhalten. Ich möchte der Ackerbaubank einen realen Charakter geben, deshalb habe ich die Kredite für die großen Eigentümer gestrichen, die andere Kreditquellen haben. Und meine Politik hatte den gewünschten Erfolg. Gestern hat eine von den wichtigsten langfristigen Kreditinstituten, nämlich die Landesgenossenschaftsbank, einen sehr günstigen Vertrag auf dem internationalen Markt in Wien abgeschlossen.

Wenn ich so lange bei den Dörfern verweilte, so geschah das nicht, um ein paar Klubs gefällig zu sein, sondern von der Zahlungsfähigkeit der Landwirte hängt es schließlich ab, ob es gelingt, der oberschlesischen Industrie einen Absatzmarkt bei uns im Lande zu eröffnen, **und sie zu erhalten.** Hiermit endete Grabski seine Rede, deren Wirkung unwiderleglich bedeutend schwächer war wie seine erste Aussprache.

Nun sprach Śliwiński, der dem Minister alle Anerkennung als Schatzminister zusprach, aber ihn in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident einen **Spielball zwischen den Parteien der Rechten und der Linken** nannte, dem es nicht möglich sei, ein politisches Programm aufzustellen. Heute haben wir folgenden Zustand: Der Parlamentarismus in Polen ist in Verfall. Die Regierung befindet sich in einer Krisis, und niemand ist da, der weiß, wie man sie lösen soll. Es gibt ein Programm der Regierung, das sich Ermächtigungsprogramm nennt, aber weiter nichts ist, **als ein Gewurschtel von Woche zu Woche.** Diese Ermächtigung bedeutet nichts anderes als ein Armutszeugnis für den Sejm. Heute will jeder Minister Oberminister sein, und in allen Ministerien herrscht Schlamperei und Untätigkeit. Ukrainer und Weißrussen drohen uns mit dem Irredentismus, aber dieser Separatismus ist nicht gegen das polnische Volk, sondern gegen Warschau gerichtet und unsere unreife Bureaukratie und Verwaltung.

Diese Rede machte nach einer kurzen Abwehrbemerkung des Berichterstatters Gruszka den Schluß der heutigen Debatte. Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Sitzung am Dienstag. **Sie ist für das Schicksal der Regierung von Bedeutung.** In der nächsten Woche werden Sejmsitzungen stattfinden: Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.

Was geschieht?

(Warschauer Sonderbericht.)

Die Frage ist schwer zu beantworten. Alle Parteien der Linken haben gegen das Ermächtigungsgesetz Stellung genommen. Wenn es aus den Händen der Kommission in den Sejm zurückwandern wird, dürfte man es kaum wiedererkennen. So sehr wird man ihm die schönsten Federn ausgezupft haben, die ihm Herr Grabski in den Körper steckte. Es macht sich auch stets mehr die Meinung geltend, daß die Kommission das Gesetz in der Behandlung überhaupt verschleppen werde, so daß das neue Gesetz sicher nicht am 1. Juli, dem Tage, an dem das alte Ermächtigungsgesetz abläuft, vorliegen wird. **Was tut dann der ermächtigungslose Herr Grabski?** Wird er energisch darauf bestehen, daß die Kommission sich mit ihrer Arbeit beeilt? Wird er die Bewilligung der von ihm beantragten Ermächtigung als Bedingung aufstellen und wird er in der Ablehnung wichtiger von ihm aufgestellter Punkt ein Mißtrauensvotum sehen? **Und wo liegt die Grenze, bis zu der Herr Grabski sich bescheiden wird?** Das alles sind Fragen, von deren Beantwortung es abhängt, ob **wir heute bereits eine verborgene Krisis haben oder nicht.**

Gegen die Person des Ministerpräsidenten Grabski hat sich mit aller Deutlichkeit keine der Parteien, mit Ausnahme der Sozialisten, ausgesprochen. Auch Thugutt, der nun wohl der Führer der Linken genannt werden mag, hat dies in seiner sanften Oppositionsstellung nicht getan. Erst nach seiner Rede erfuhr man aus seinem Munde, daß er eine „oppositionelle" Rede gehalten habe, und daß seine Partei (Wyzwolenie) den Rücktritt des Außenministers, des Justiz- und Unterrichtsministers, die Verschiebung der Erhebung der Bodensteuer, die Erweiterung der Kredite für den Kleinackerbau und noch eine Reihe ähnlicher Dinge sich ausbedinge. Was aber wird die Partei und Herr Thugutt tun, **wenn keiner der geforderten Minister fällt,** und auch die übrigen Wünsche nicht erfüllt werden? Wird er dann Herrn Grabski das Vertrauen aufsagen? Man weiß es

nicht? Werden die aus der Piastenpartei ausgeschiedenen Pluta-Leute den Minister Grabski stürzen, dem sie „so lange das Vertrauen verweigern werden, solange er seine reaktionäre und dörferfeindliche Haltung nicht aufgibt?“

Die Piastenpartei, das weiß man nun aus den Beschlüssen des Klubs, wird sich zu keinerlei Ministersturz hergeben. Da nun die Minderheiten gegen Grabski und sein Budget stimmen werden, so hat man wieder höchstwahrscheinlich mit einer Lage zu rechnen, in der einige wenige Stimmen, also mehr oder weniger der Zufall, die Entscheidung herbeiführen wird. Inzwischen hat in der Außenkommission wieder die Diskussion über die Rede des Außenministers Zamoyski begonnen. Der Minister ist wieder gesund geworden und hat sich die glänzende Rede anhören können, mit der der bedeutendste Wortführer der Sozialisten, der greise Daszyński, die Außenpolitik der Regierung zerpflückte. Nun wird also doch noch die Zamoyski-Frage wieder akut, was zur Vereinfachung der Lage keineswegs beiträgt.

Die Sejmsitzung wurde mit einer außerordentlich wuchtigen Rede des Ukrainers Wasyńczuk eingeleitet. Vierzig Prozent aller Ausgaben, sagte er, sind für das Militär bestimmt, und dazu kommen noch die Ausgaben für die Zinsleistung der französischen Anleihe, die ebenfalls für Militärzwecke erfolgt ist. Das Budget ist also ein kraß militärisches. Und das nur deshalb, weil Polen seine Grenze weit über seine ethnographische Grenze hinausgeschoben hat. Die polnische Politik läuft ganz auf die **Austilgung der Minderheiten** hinaus und deshalb muß Polen ein weit über seinen Stand hinausgehendes Heer unterhalten. Der Ackerbau erhält keine Kredite, die zerstörten Gebiete werden nicht aufgebaut. Dem ukrainischen Ackerbau wird jede Hilfe versagt. Bei der Umwandlung der orthodoxen Kirchen in katholische wird Blut vergossen. Grabskis Hände sind mit Blut besudelt. **Wir selbst sind die Herren unserer Erde und wir dulden nicht die Behandlung, die uns zuteil wird.** Wir verlangen Volksabstimmung und Selbstbestimmungsrecht! (Bravo! bei den Minderheiten.)

Der Marschall unterbricht und erinnert den immer heftiger werdenden Ukrainer daran, daß er polnischer Bürger sei, und daß die Freiheit des Wortes ein Ende habe da, wo es dem Staate schade.

Wasyńczuk fährt ebenso leidenschaftlich wie zuvor in seiner Rede fort. Wir beugen uns nicht vor dem Terror, denn wir sind abgehärtet und stark genug! Dann geißelt er das ganze Wirtschafts- und Finanzsystem der Regierung, das schwer auf dem Volke laste. Die polnische Politik, so ruft er aus, läuft nicht auf Frieden hinaus, sondern sie führt zum Kriege. Neben der Armee gibt es nun noch eine zweite, nämlich eine Polizeiarmee. Auf einen oder zwei frühere Polizisten kommen heute zehn, die das Volk reizen und die Quelle des Banditenwesens sind. Die Hälfte der Ausgaben ist unproduktiv, denn sie werden für Armee und Polizei verbraucht! Die militärischen Ansiedlungen in den Ostgebieten entsprechen den schlimmsten Ausrottungstendenzen des Kosakenzarismus, und leider weiß ich, daß in dieser Sache die Linke uns gegenüber fast noch reaktionärer sich verhält, wie die Rechte. Und ein jeder solcher Ansiedler ist gegen seinen Willen der beste Agitator unter Ukrainern und Weißrussen gegen den polnischen Staat! Die Lage der Weißrussen und Ukrainer ist verzweifelt. Schlimmer aber noch ist ihre politische und Rechtslage. Ihre Zahl wird von der Statistik falsch angegeben. **Mindestens 40 Prozent der Bevölkerung ist nichtpolnisch.** Sie werden brutaler behandelt, wie dies zur Zeit des Zarentums möglich war. Bei den Verwaltungsbehörden herrscht die wildeste Willkür. Unser Klub wird gegen das Budget stimmen.

Es kamen nun die Redner der ganz kleinen Gruppen zum Wort, die aber kaum mehr imstande waren, etwas vorzubringen, das noch nicht von anderen gesagt worden war. Lebendig wurde es erst wieder, als der kommunistische Priester Okoń das Wort ergriff, der von heftigen Zwischenrufen der Rechten auf das erfrischendste, nach so langer eintöniger Debatte, unterbrochen wurde. So rief ihm Matlosz von der Rechten zu: „Aber Du bist ja ein Hanswurst!“ Auch wird Okoń mehrfach vom Marschall zur Ordnung gerufen. Schließlich endet er mit dem Ausruf: „**Noch haben die Bauern ihre Dreschflegel!**“, und seiner Gewohnheit nach, streitet er sich noch beim Verlassen der Tribüne heftig mit einigen Umstehenden.

Sein Nachfolger, der Kommunist Łańcucki, wird dreimal zur Ordnung gerufen und muß deshalb seine Rede unterbrechen, was er mit den Worten tut: „Ich weiche der Gewalt!“

Der Ministerpräsident Grabski läßt nun durch den Marschall mitteilen, daß er seine Rede auf morgen vertagen werde.

Es wird darauf sofort mit der Beratung der einzelnen Artikel des Budgets begonnen.

Die Sozialisten stellen den demonstrativen Antrag, das Gehalt des Staatspräsidenten (84 585 Złoty) um einen Złoty zu kürzen. Diese Methode ist den Sitten des englischen Parlaments abgelauscht, das solch kleine Kürzungen des Gehaltes eines Ministers beantragt, wenn es mit seiner Haltung unzufrieden ist und man ihn zu stürzen wünscht. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt. Das Gehalt des Präsidenten ist im Vergleich zu den Bezügen anderer Staatschef sehr klein, und der Präsident selbst hat eine 20prozentige Kürzung beantragt. In der Tschechoslowakei erhält der Präsident 526 000 Goldfrank, in Frankreich 250 000, in den Vereinigten Staaten 420 000, der König von Serbien erhält 5 000 000, der König von Italien 3 300 000, der von Belgien 4 440 000, der von England 9 400 000. Ein großer Teil des Gehalts des Präsidenten wird zudem von Repräsentationskosten und Subsidien verschlungen. Das Präsidentengehalt wird gutgeheißen.

Dann wird das Budget für Sejm und Senat in Höhe von 5 690 406 Złoty ohne Widerspruch angenommen.

Minderheitsfragen vor dem Völkerbundsrat

Die „Depesze poranne“ melden: „Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Völkerbundrates befindet sich der Bericht des brasilianischen Delegierten über die Erledigung der Frage der Ansiedler in Polen und die Angelegenheit der Staatsbürgerschaft der Deutschen, welche Angelegenheiten Gegenstand der Wiener Schiedsverhandlungen sind, die unter dem Vorsitz von Kaekenbeeck geführt werden. Die deutschen Noten, die vor einigen Tagen Souza Dantas vorgelegt wurden, zweifeln die Vereinbarkeit der Urteile des Liquidationskomitees mit den Märzverpflichtungen Polens an und haben unter den Mitgliedern des Völkerbundrates lebhaftes Interesse für das Wiener Schiedsurteil hervorgerufen. Nach der Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur soll der deutsche Verhandlungsdelegierte Lewald mit dem Konsul Aschmann danach streben, der Angelegenheit den Charakter eines Konflikts zwischen Polen und Deutschland zu geben und die Möglichkeit zu erlangen, seinen Gesichtspunkt direkt auf der Session des Völkerbundrates vorzutragen. Entscheidende Bedeutung für den weiteren Verlauf der Angelegenheit wird die Haltung von Lord Parmoore und Branting haben. Lord Parmoore erklärte in einer Unterredung mit dem Genfer Berichterstatter vom „Berliner Tageblatt“, daß die organisatorische Struktur des Völkerbundes unvollständig sein werde, so lange Deutschland nicht zum Völkerbunde gehöre.“

*

Vorstehende Meldung besagt, daß sich der Völkerbundrat in seiner gegenwärtigen Session mit zwei für die deutschen Minderheiten in Polen wichtigen Fragen befaßt.

Die Entschädigungsfrage der durch Gesetz vom 14. Juli 1920 annullierten Ansiedler harrt noch immer ihrer endgültigen Regelung. Es ist bekannt, daß die polnische Regierung zunächst auf dem Standpunkt stand, diesen Ansiedlern eine Entschädigung nicht zahlen zu brauchen. Auf Grund eines Gutachtens des Haager Schiedsgerichts und auf Grund der daraufhin vom Völkerbundrat gefaßten Beschlüsse erklärte sich Polen dann bereit, an die annullierten Ansiedler eine gewisse Geldsumme zu zahlen. Zur Feststellung der Höhe dieser Summe war Anfang Juni dieses Jahres ein Delegat des Völkerbundes, Kpt. Philimoore, nach Warschau gereist und verhandelte dort mit der polnischen Regierung über die Höhe der Summe. Der Völkerbundrat steht nun vor der Aufgabe, auf Grund der Vorschläge seines Delegaten endgültig Beschluß zu fassen über die Höhe des an die annullierten Ansiedler zu zahlenden Betrages.

Die zweite, die deutsche Minderheit in Polen betreffende Frage ist die Regelung der Staatsangehörigkeit. Diese ist von allergrößter Bedeutung. Seit Inkrafttreten des Friedensvertrages, das heißt seit dem 10. Januar 1920, steht diese Frage offen. Die Bestimmungen im Friedensvertrag und im Minderheitenschutzvertrag wurden von der deutschen und polnischen Regierung verschieden ausgelegt. Diese Verschiedenheiten in der Auslegung führten für die deutschen Minderheiten zu unerträglichen Folgen. Wir erinnern uns, daß bei den Ausweisungen Mitglieder der deutschen Minderheit an die Grenze und zurück gebracht wurden, weil keine der beiden Regierungen diese Ausgewiesenen als Mitglieder ihres Staatsverbandes anerkennen wollte. Wir erinnern uns, daß zahlreiche Prozesse in Polen und vor dem gemischten deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris schweben, weil vom polnischen Liquidationsamte Liquidationen von Personen bestimmt wurden, die behaupten, auf Grund der oben angeführten Verträge die polnische Staatsangehörigkeit zu besitzen, also nicht liquidierbar zu sein. Dieser unerträgliche Zustand veranlaßte die polnische und die deutsche Regierung, vor nunmehr zwei Jahren Verhandlungen in Dresden aufzunehmen, die aber nach neunmonatiger Dauer ergebnislos abgebrochen wurden. Eine Teilentscheidung war in der Zwischenzeit bezüglich der Geburtspolen vor dem Haager Schiedsgericht gegeben worden, und diese lautete dahin, daß jeder der von zur Zeit seiner Geburt hier wohnhaften Eltern geboren wäre, Anrecht auf die polnische Staatsangehörigkeit habe. Nach den ergebnislosen Verhandlungen in Dresden beschäftigte sich der Völkerbundrat in Genf, der von der deutschen Minderheit um Regelung der Angelegenheit gebeten worden war, erneut mit der Staatsangehörigkeitsfrage. Er lud beide Regierungen im Januar dieses Jahres zu Verhandlungen in Genf ein und bot seine Unterstützung an. Ein Mitglied des Völkerbundrates, Exz. Souza Dantas, der Vertreter Brasiliens, war mit dieser Vermittlung betraut worden. Auch diese Verhandlungen führten leider zu keinem Erfolg. Daraufhin bestimmte im März d. Js. der Völkerbundrat, daß beide Regierungen noch einmal Verhandlungen aufnehmen und den Versuch zu einer gütlichen Einigung machen sollten. Zum Vermittler wurde Herr Kaekenbeeck bestimmt. Diese Verhandlungen fanden vor kurzem in Wien statt und schweben auch heute noch. Es war bestimmt worden, daß, wenn eine gütliche Vereinbarung bis Ende Mai nicht zustande gekommen wäre, Herr Kaekenbeeck Vollmacht habe, eine endgültige Entscheidung zu fällen. Der Vertreter der polnischen Regierung, Exz. Koźmiński, hatte bei der Märztagung des Völkerbundrates in Genf die feierliche Erklärung abgegeben, daß Polen es als moralische Pflicht betrachten würde, keinerlei Maßnahmen gegenüber denjenigen Personen zu treffen, deren Staatsangehörigkeit strittig und Gegenstand der Verhandlungen sei. Die Wiener Verhandlungen haben bis Ende Mai eine gütliche Einigung nicht gebracht, und so steht nun Herr Kaekenbeeck vor der Aufgabe, seine Entscheidung zu fällen.

Vor wenigen Tagen ging durch die Presse die Mitteilung, die deutsche Regierung habe dem Völkerbundrat eine Note überreicht, in der sie mitteilt, daß die polnische Regierung sich nicht an ihr feierliches Versprechen gehalten habe, daß seit dem 12. Februar 1924 113 Liquidationsbeschlüsse, 11 Ausweisungen und 44 andere Zwangsmaßnahmen erlassen habe. Exz. Lewald, der deutsche Unterhändler in Wien, sei nach Genf abgereist. **Diese Note ist es nun, mit der sich der Völkerbundrat in seiner jetzigen Tagung beschäftigt.**

Wir bedauern es außerordentlich, daß die Staatsangehörigkeitsfrage nicht auf dem Wege gütlicher Vereinbarung geregelt werden konnte. Uns liegt vor allem an einer möglichst raschen Entscheidung, damit dieser Konfliktsstoff endlich einmal aus der Welt geschafft wird und die Mitglieder der deutschen Minderheit wissen, ob sie deutsche oder polnische Staatsangehörige sind. Wie unerträglich der Zustand ist, beweisen auch die zahlreichen Interpellationen der deutschen Sejmabgeordneten in letzter Zeit. Mit einer endgültigen Klärung wäre zweifellos der deutschen und polnischen Regierung, besonders aber auch der deutschen Minderheit am besten gedient.

Vom Völkerbundsrat.

Am Sonnabend fand die dritte öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates statt. Auf der Tagesordnung stand der wirtschaftliche Wiederaufbau Ungarns. Man hörte den Bericht des Generalkommissars Smith, der sich in Worten der Anerkennung über die Wirtschaftspolitik der ungarischen Regierung äußerte. Am Beratungstisch nahmen auch Vertreter Rumäniens und Serbiens Platz. Den Vorsitz führte Benesch. Nach Annahme von Resolutionen, die die griechischen Emigranten betrafen, ging der Rat zur Abrüstungsfrage über, die eine lebhafte Aussprache hervorrief, an der Salandra, Branting und Lord Parmoor teilnahmen. Letzter erklärte, daß niemand mehr als England die Einschränkung der Rüstungen wünsche, und doch sei seine Regierung nicht in der Lage, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die den einzelnen Regierungen anempfiehlt, bis zur Ausarbeitung eines allgemeinen Abrüstungsplanes die im gegenwärtigen Budget vorgesehenen militärischen Ausgaben nicht zu überschreiten.

Rede des Abgeordneten Piesch zum Budget

in der Sejmsitzung am 12. Juni 1924.

Der Herr Ministerpräsident hat in seinem Exposé anläßlich der Vorlage des neuen Ermächtigungsgesetzes einen Überblick über die Sanierungsarbeit unserer Finanzen gegeben. Ich muß hier im Namen unseres Klubs aussprechen, daß uns seine Ausführungen nicht befriedigt haben. Eine Lösung der schwierigen Sanierungsfrage nur auf dem Wege der Lösung rein steuerlicher Probleme ist unzureichend. Die Finanzwirtschaft des Staates und die allgemeine Volkswirtschaft bilden ein unzertrennliches Ganzes. Es darf nicht ein Teil zu Ungunsten des anderen bevorzugt werden. Die finanziellen Maßnahmen des Herrn Premier lassen aber schon heute deutlich erkennen, daß sie im Widerspruch zu den elementaren Forderungen des Wirtschaftslebens stehen. Wenn aber Herr Grabski das Vorhandensein einer ernsten Krise leugnet und mit statistischem Material den Beweis für halbwegs normale Verhältnisse erbringen will, so wird er durch die Tatsachen widerlegt. Wir haben unter dem Druck der vielen hohen Steuern eine sehr ernste Krisis zu verzeichnen. Es mutet in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten eigentümlich an, wenn er uns über die Arbeitslosigkeit Zahlen bringt, die von der Wirklichkeit schon derzeit weit übertroffen werden. Die Zahl der Arbeitslosen in Oberschlesien übersteigt schon derzeit die von Herrn Grabski erwähnte Zahl. Zu den Arbeitslosen gehört auch die von Herrn Grabski nicht erwähnte riesengroße Zahl von Kurzarbeitern. Es sei nun hier der Frage nähergetreten, welches die Ursachen der Wirtschaftskrise sind. Die Antwort darauf lautet: Die große Entziehung von Betriebskapital durch die übermäßige Anspannung der Steuerschraube sowie die Verteuerung der Lebenshaltung durch die gleiche Ursache. Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft entbehren der für den Betrieb nötigen Barmittel und müssen — wenn sie es überhaupt noch nicht sind — zu sehr hohen Prozenten Geld leihen. Diese Zinsen belasten die Produktion und sind wieder eine Quelle der Teuerung. Diese aber wirkt sich in hohen Löhnen aus, und so stellen sich die Industrieerzeugnisse so teuer, daß sie die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande verlieren. Unsere Industrie hatte vor dem Kriege einen großen Auslandsmarkt. Der ist ihr verloren gegangen. Die reichen Kohlenschätze Oberschlesiens finden keinen Abnehmer, da das Ausland die englische Kohle zu billigeren Preisen bekommt. Unsere stabile Valuta hat bisher nur in sehr geringem Maße die Preisbildung der Waren beeinflußt. Jeder Erzeuger weist auf die hohen Abgaben, die seine Produktion erhöhen. Teure Produktion und Export sind Gegner. Die Krise in der oberschlesischen Industrie ist nur infolge des Aufhörens des Exportes zu erklären. Die Erzeugung Oberschlesiens mußte zu 80 Prozent mit ausländischen Abnehmern rechnen. **Durch unsere Auslandspolitik ist das Tor nach dem Westen verschlossen.** Der Inlandkonsum ist nicht imstande, für die oberschlesische Industrie einen Absatz zu schaffen. Das ist die Ursache der schweren Krise in Oberschlesien, nicht aber angebliche deutsche Machinationen, die auf die Lahmlegung dieses Industriegebietes hinzielen sollen. Immer wieder aber müssen wir feststellen, daß bei allen unangenehmen Vorkommnissen im Staate **der Deutsche als Prügeljunge herhalten soll.** Diese Deutschfeindlichkeit ist die Leitlinie aller bisherigen Regierungen gewesen und hat uns Deutschen **den Genuß der verfassungsmäßigen Rechte verkürzt.**

In einer ähnlichen Lage wie die oberschlesische Industrie ist jene von Lodz und Warschau. Man verspricht den Industriellen Kredite, wenn sie sich mit Bestellungen ausweisen. Die Bestellungen aber müssen ausbleiben, weil die Inlandsteuerung zu hohe Produktionskosten schafft. Auch fehlt es **uns an den notwendigen Handelsverbindungen mit jenen Ländern, die als Abnehmer in erster Linie in Frage kommen. Das wirtschaftliche Band zwischen Polen und Deutschland ist derzeit zerrissen, obwohl wir wissen, daß eine Annäherung beider Staaten beiden zum Vorteil gereichen würde.** Leider haben die Verhandlungen, die bisher zwischen Polen und Deutschland gepflogen wurden, zu keinem befriedigenden Abschluß geführt. Das hat in der Frage der Optanten und der Liquidation deutschen Eigentums zu unnötigen Verbitterungen geführt. Die deutschen Bürger dieses Staates haben durch ihre Haltung keinen **Anlaß zur Bedrückung in ihren kulturellen Rechten gegeben.** Alle ihre berechtigten Wünsche und Klagen finden verschlossene Türen. Da die Industrie zum großen Teile nach ihrer historischen Entwicklung in deutschen Händen liegt, wird der Deutsche für alle störenden Vorkommnisse verantwortlich gemacht.

Das schönste statistische Material, das uns der Herr Ministerpräsident vorgelegt hat, wird im Hinblick auf die Wirklichkeit wertlos. Die geringe Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes für die Industrieprodukte wird auch durch die Umsatzsteuer verschuldet, die als Kettensteuer eine Verteuerung bis zu 20 Prozent herbeiführt. Das ist auch eine der Ursachen, daß wir trotz niedriger landwirtschaftlicher Preise Mehl und Brot und Fleisch teuer bezahlen müssen, wobei auch die hohen Transportkosten einen Anteil haben. Nun soll der Fleischkonsum auch noch durch eine besondere Viehseuchensteuer belastet werden. Der **Landwirt bietet heute vergebens seine Waren an** und findet keinen Käufer. Hinter ihm steht aber der unerbittliche Fiskus mit der Steuerforderung. Woher soll der Lanwirt das Geld nehmen?

Die früher bestandenen Kreditorganisationen sind zusammengebrochen. Der Ministerpräsident hat als künftige Kreditquelle für die Landwirtschaft **die Bank Rolny** genannt, dabei aber gleich starken Zweifel in ihre finanzielle Leistungsfähigkeit gesetzt. Die von der Bank auszugebenden Obligationen will er anscheinend auf die Steuern in Zahlung nehmen, und er meint, daß der zahlungsunfähig werdende Landwirt nur einen Teil seines Areals gegen Obligationen zu verkaufen brauche, um sich die Mittel zur Steuerzahlung zu verschaffen. Eine angenehme Perspektive! Es wird der Großgrundbesitz steuerlich besonders stark belastet, er muß Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe leisten, die erst in späterer Zeit einmal zur Verrechnung kommen sollen; und zum Dank für diese Leistung, der der Ministerpräsident zum guten Teil die glückliche Festigung der Valuta dankt, heißt es: Verkaufe doch einen Teil Deines Besitzes! Übersieht denn der Herr Ministerpräsident vollkommen, daß er damit zugleich die ergiebigsten Steuerquellen für die Zukunft verstopft? Und mit welchem Verkaufspreise dürfen die Landwirte rechnen? Etwa mit den 100 bis 200 Złoty pro Hektar, mit denen Staatsbürger deutschen Stammes unter dem Titel „Liquidation“ für ihre wertvollen Besitzungen abgespeist werden? Oder mit 2000 Goldmark, die dem annullierten deutschen Kolonisten — soweit sie polnische Staatsbürger sind, für ihre 15 Hektar großen ausgebauten Wirtschaften angeboten wurden?

Festzuhalten aus der Äußerung des Premiers bleibt zweifellos, daß er in dieser Zeit schwerster Erschütterung des Wirtschaftslebens nicht davor zurückschreckt, eine Umgruppierung der Einzelexistenzen zu empfehlen!

Freilich: dem Herrn Ministerpräsidenten selbst erscheint es zweifelhaft, woher die Bank Rolny ihre Betriebsmittel nehmen soll. Er rät zur Auslandsanleihe. Aber wir meinen, **daß er selbst nicht an den Erfolg einer solchen Bemühung glaubt.** In sehr vorsichtiger Weise hat sich der Herr Premier zur Frage der Auslandsanleihen geäußert. Es scheint uns, als ob die Auslandsanleihen derzeit noch süße Trauben wären, die zu hoch hängen. **Es fehlt uns an dem nötigen Vertrauen in den Auslandskreisen. Einer der Gründe dafür ist die Haltung des Staates zu seinen Bürgern nichtpolnischer Nationalität.** Es ist traurig, daß ein Teil der polnischen Bürger, und zwar ein für das wirtschaftliche Leben durchaus nicht zu unterschätzender, mit tiefster Erbitterung feststellen muß, **daß für ihn nur Pflichten und keine Rechte bestehen.** Die Schaffnung deutscher Minderheitsverbände wird verhindert, deutschen Vereinigungen werden ihre Realitäten beschlagnahmt, deutsche Schulen werden durch schikanöse Auslegung von Gesetzen und Verordnungen bedrängt, deutschen Bürgern des polnischen Staates wird die Ausübung des an deutschen auswärtigen Hochschulen erworbenen Berufes unmöglich gemacht, wenn auch die Studien vor Änderung der Staatshoheit vollendet oder begonnen wurden. Auslandsanleihen für die Landwirtschaft könnten nur dann in Frage kommen, wenn die Landwirtschaft nach dem Auslande liefern würde. Für ein vorwiegendes Agrarland wie Polen müßte dies möglich sein. Die zeitweise begründete Sperre der Ausfuhr mußte aber im geeigneten Moment aufgehoben werden. Das ist nicht geschehen. Nun scheint es zu spät, andere Agrarstaaten als Konkurrenten haben erfolgreich den Auslandsmarkt erobert. **Der Ministerpräsident hat sich zu sehr als fiskalischer Finanzdirektor und nicht als großzügiger Finanzpolitiker erwiesen, der die Notwendigkeiten des Staates mit jenen des Wirtschaftslebens nicht zu vereinigen versteht.** Wir verstehen es, daß die Regierung in der Zeit der Finanzsanierung darauf bedacht sein muß, die Einnahmen des Staates zu erhöhen. Die Maßnahmen müssen aber wohldurchdacht sein. Was wir aber in der letzten Zeit auf dem Gebiete der Steuerverordnungen erlebten, zeigt den Charakter der Willkür. So wird die bereits gezahlte Grundsteuer in Form eines 100prozentigen Zuschlages noch einmal erhoben, die Vorschriften des Einkommensteuerbekenntnisses für das Vorjahr beschlagnahmt sozusagen die Einnahmen des Betriebes. Die Umsatzsteuer wird trotz Kontrollbüchern durch Vorschriften der vorgesetzten Steuerbehörden unbegrenzt erhöht. Es gemahnt das Vorgehen an eine Anekdote, die ich unlängst hörte. Ein lebenslustiger Offizier ist

Besitzer eines Gutes. Er fordert von seinem Verwalter Geld. Dieser schickt es ihm mit dem Bemerken, daß es der Ertrag der Schafschur sei. Als der Offizier schon am nächsten Tage wieder Geld benötigte, telegraphierte er dem Verwalter: Schafe wieder scheren! So kommen uns die Verordnungen auch der Vermögenssteuer vor, auf welche der Bürger trotz wiederholter Vorauszahlungen auf einmal neuerdings die erste Rate zahlen soll. Das sind Unmöglichkeiten. Auch die maßlose Erhöhung der Paßgebühren gehört hierher. In einer Zeit, wo die mittelalterlichen Beschränkungen der Freizügigkeit der Untertanen der Geschichte angehören, in einer Zeit, wo die chinesische Mauer der Vergangenheit angehört, baut unsere Regierung für seine Bürger eine neue chinesische Mauer auf. Das wird wohl die Reichen nicht abhalten, in das Ausland zu reisen, den mittellosen Kranken oder jenen, die zu kranken Angehörigen oder aus Anlaß von Todesfällen über die Grenze müssen, wird in unhumaner Weise der Weg gesperrt.

Das Fundament jedes gesunden Staatswesens ist **die Pflege des unparteiischen Rechtes.** Leider messen die Gerichte in den Grenzgebieten mit zweierlei Maß. Die Prozesse gegen deutsche Vereinigungen, die Urteile gegen deutsche Schriftleiter zeigen zu sehr **den Charakter von parteiischen Akten. Ist es da ein Wunder, wenn wir Deutschen an Recht und Gerechtigkeit im polnischen Staate nicht glauben?** Alles wird bei uns durch die Parteibrille gesehen. Wer nicht einer gewissen Partei angehört, **der ist rechtlos.** Wojewoden und Starosten des Westens fragen zuerst nach der Wohlmeinung des Westmarkenvereins. Dieser bildet eine Oberregierung, einen Staat im Staate, der mit seinem grenzenlosen Hasse alle verfolgt, die nicht polnischer Volkszugehörigkeit sind. Bedauerlicherweise tanzen viele hohe Regierungsstellen nach dessen Pfeife. Wie soll auf solchem Boden eine für den Staat nutzbringende Arbeit gedeihen? Wie sollen die mit solchen Mitteln bekämpften Minderheiten zum Staate Vertrauen gewinnen? Auf diesem Wege erzielt man nicht gute Staatsbürger. Noch immer warten wir auf die Einbringung des in der Verfassung angekündigten Minderheitsschulgesetzes. Es scheint aber, daß das Unterrichtsministerium zuerst warten will, bis **die deutschen Schulen vernichtet sind.**

Unsere Außenpolitik hat uns bisher viele Mißerfolge gebracht. In ihr spiegelt sich der Geist der Feindschaft gegenüber den beiden Großstaaten im Osten und Westen. Die geographische Lage Polens zwingt uns zu freundnachbarlichen Beziehungen mit den beiden Nachbarn. Deutschland ist für Polen das Land des wirtschaftlichen Austausches, Rußland das große Absatzgebiet für unsere in manchen Zweigen für Polen übergroße Industrie. Es ist hoch an der Zeit, daß gewisse Kreise sich gegen die Wirklichkeit nicht verschließen. Die Politik ist keine Gefühls-, sondern eine Verstandessache.

Ich fasse zusammen und wiederhole: Die Ausführungen des Herrn Grabski hätten hingenommen werden können als das Exposé eines Steuerspezialisten. Im Munde des verantwortlichen Premiers mußten sie ärgstes Befremden erregen. Aus der ganzen Einstellung des Herrn Ministerpräsidenten spricht eine Einseitigkeit, die die enge Gebundenheit der Steuerpolitik an das gesamte Wirtschaftsleben und an die großen Probleme der Innen- und Außenpolitik völlig verkennt. Der Herr Ministerpräsident fragte erstaunt, was denn eigentlich die Schwarzseher bei Fortsetzung seiner Politik so Schlimmes von der Zukunft erwarten. Ich will es ihm sagen: **Das wirtschaftliche und daran anschließend das soziale Chaos und eine Vereinsamung des Staates, die die längst notwendige auswärtige Hilfe immer utopischer werden läßt.**

Da wir nicht gewillt sind, **die Verantwortung für diese Zukunftsentwicklung mitzuübernehmen, müssen wir dem Herrn Ministerpräsidenten unser Vertrauen versagen.**

Gegen den Wucher scharfer Kampf.

Der Kampf gegen die Metzger von Warschau.

(Von unserem Berichterstatter.)

In Warschau freut man sich. **Endlich hat sich die Wucherbehörde und der Magistrat entschlossen, den Wuchermetzgern und -Wurstlern „das Handwerk zu legen". Mit der Stabilisierung ist eine Verbilligung der Viehpreise erfolgt. Die Metzger jedoch setzten ruhig die nun einmal so herrlich sich entwickelnde Teuerung fort. Mancher von ihnen kaufte sich seine Villa und irgendwelche teure Scheußlichkeiten, mit denen sie ihre Wohnungen „künstlerisch" bereichern. Nun hatte die Stadt eine Kontrolle eingeführt, indem sie bestimmte, daß die Begleichung aller Viehankäufe zu Schlachtzwecken durch die Vermittlung der städtischen Marktkasse zu gehen hätten. Die Metzger boykottierten die Kasse, und als einer von ihnen ins Gefängnis gesteckt wurde, haben sie alle eine wahrhafte Verschwörung begonnen, um die Stadt auszuhungern, indem sie ihr das Fleisch entzogen. Die meisten dieser Fleischverschwörer schlossen ihre Läden und sie weigerten sich, das angetriebene Vieh abzunehmen. So kam es, daß vor den Toren der Stadt 300 aus der Provinz angeführte Kälber zugrunde gingen, da sie keine Weide hatten, während in der ganzen Stadt kaum ein Stück Kalbfleisch aufzutreiben war.**

Das Wucheramt hat nun kurzen Prozeß gemacht. Es hat den Fleischerinnungsmeister und dessen Stellvertreter zuerst hinter Schloß und Riegel gesetzt, dann ungefähr noch weitere zwei Dutzend widerspenstige Fleischermeister und Wurstfabrikanten. Dann aber war die Stadt so klug, selbst vorläufig sechs städtische Fleischverkaufsstellen zu eröffnen. Den bockigen Fleischern aber wird die Konzession entzogen werden. Das alles ist nun recht gut und schön. Aber was geschieht mit allen den anderen Wucherern, den Stiefelverkäufern, den Wäschehändlern, den Schneidern und allen den Tausenden, die, ebenfalls ohne irgendwelche Notwendigkeit, ihre Preise willkürlich in die Höhe treiben, trotzdem die Preise für die Rohprodukte, anläßlich des Geldmangels, gegenwärtig weit unter dem bisherigen Preise hergegeben werden?

Und endlich, was geschieht mit den Wohnungs- und Zimmerwucherern? Den letzteren scheint nun allerdings endlich ein erlösendes Schicksal das Haupterpressungsmittel wenigstens ein klein wenig aus der Hand zu nehmen. Die durch das Mieterschutzgesetz verteuerten Mieten zwingen doch nun viele Familien, ein oder mehrere überflüssige Zimmer herzugeben. Und so erleben wir es zum ersten Male seit der Errichtung des neuen Staates, daß eine gewisse Auswahl von Zimmern zu vermieten ist, womit die Preise wenigstens ein klein wenig zu sinken beginnen.

Republik Polen.

Französche Gäste.

Am Sonnabend nachmittag wurden in Krakau die französischen Bischöfe begrüßt, die auch nach Posen kommen werden. Der Kardinal Dubois antwortete auf die herzliche Begrüßung mit folgenden Worten: Ich schätze mich glücklich, daß ich nach Krakau, dem Herzen des Lebens Polens, gekommen bin, und ich bin glücklich, die Scharen der Jugend zu sehen, die gekommen sind, um die französischen Bischöfe zu begrüßen. In dieser Namen und im Namen Frankreichs bringe ich die herzlichsten Wünsche dar und zugleich Grüße von den Polen, die in Frankreich weilen und trotz des langen Aufenthalts dort nicht vergessen, daß sie Polen sind. So herzlich aufgenommen, werden wir uns hier gleich wie Polen fühlen. Der Kardinal schloß mit einem Hochruf auf Polen. Nach dem „Ave Maria" erteilte der Kardinal der Schuljugend den Segen. Um 6 Uhr nachmittags fand in der Marienkirche ein Festgottesdienst statt und um 7½ Uhr abends ein Essen beim Bischof Sapieha. Um 9 Uhr folgte ein Empfangsabend, an dem hervorragende Persönlichkeiten Krakaus teilnahmen. Am Sonntag vormittag zelebrierte Kardinal Dubois in der Wawel-Kathedrale eine Messe unter Assistenz der Bischöfe Julien, Chaptel und Baudrillart. Um 12½ Uhr mittags fand im Sitzungssaale der Stadtverordnetenversammlung eine Begrüßung der französischen Bischöfe durch den Stadtpräsidenten Federowicz statt. Nach der Antwort des Kardinals Dubois sprach Prof. Morawski. Um 9 Uhr abends fand zu Ehren der Gäste ein Empfangsabend in den Salons der Gräfin Potocka statt.

Vom Wirtschaftskomitee.

Das Wirtschaftskomitee des Ministerrates beschloß in seiner Sonnabendsitzung, die Ausfuhrgebühr für Roggen auf 15 Złoty für die Tonne zu ermäßigen und weitgehende Erleichterungen in der Ausfuhrgebühr für Mehl denjenigen Müllern zu gewähren, die eine entsprechende Herabsetzung der Mehlpreise auf den Inlandsmärkten zusichern. Ferner wurde eine erhebliche Zollreduktion für Industrieartikel, namentlich solche ersten Bedarfs, insbesondere für Eisen, Leder Schuhwerk, Wäsche, Anzüge usw. beschlossen. Die erwähnten Aenderungen sollen vor dem 30. Juni in Kraft treten.

Ein neues Sanatorium.

Für herzkranke Staatsbeamte wird von dem Polskie Stow. Złotego Krzyża in Lemberg ein Sanatorium in Suprasie bei Białystok eingerichtet. In die in Waldumgebung gelegene Anstalt werden Staatsbeamte gegen kleines Entgelt im ersten Stadium ihrer Krankheit aufgenommen.

Aus den Gefängnissen.

Juristen Rumäniens und Frankreichs, die anläßlich des Juristenkongresses polnische Gefängnisse besuchten, haben ihre Meinung über den Stand des Gefängniswesens in Polen geäußert. Professor Teodorescu schreibt, daß er fast alle Gefängnisse in Europa kenne, und daß der Besuch in Polen ihm die willkommene Gelegenheit geboten habe, festzustellen, daß die vier Gefängnisse, die er in Warschau und Wilna besuchte, sich durch einwandfreie Sauberkeit auszeichnen und daß die Strafgefangenen sehr gut behandelt werden. Der Professor erwähnt, daß er in Anbetracht des französischen Aufrufes über schlechte Behandlung der politischen Strafgefangenen mit diesen Unterredungen hatte, und daß niemand Klagen über schlechte Behandlung vorgebracht habe.

Der Pariser Rechtsanwalt Maurice Garçon schreibt folgendes: Aus meinen Visitationen in Polen nehme ich den festen Eindruck mit, daß alles getan worden ist, um das Los der Strafgefangenen zu verbessern, und daß die Gefängnisverwaltung in Polen in ihren Bestrebungen günstige Resultate erzielt hat. Überall sah ich die größte Sorge um Hygiene, Sauberkeit und gute Bedingungen des Gefängnislebens. Die Arbeit ist ausgezeichnet organisiert, die Ernährung eine gesunde; in den Zellen und Werkstätten ist mehr Luft als in den französischen Gefängnissen. In einer Unterredung mit politischen Strafgefangenen äußerte der Rechtsanwalt die Absicht, nach seiner Rückkehr in Paris einen Artikel zur Richtigstellung zu veröffentlichen.

Kleine Mitteilungen.

Der Sejm erörterte am Sonnabend das Budget der obersten Kontrollkammer des Staates und das Budget des Präsidiums des Ministerrates. Nach sehr lebhafter Aussprache wurde die Abstimmung über diese Titel auf die Dienstagsitzung vertagt.

*

Am Sonnabend hat die Regierung im Sejm einen Entwurf mit Verbesserungen eingebracht, die vom Agrarreformminister ausgearbeitet sind und das Aufteilungs- und Ansiedlungsgesetz betreffen.

*

Im Krakauer Prozeß konnten am Sonnabend vier Zeugen vernommen werden. Der Staatsanwalt stellte fest, daß die Verhandlung ein Jahr dauern werde, wenn sie weiter in diesem Tempo fortschritte. Bei der Vernehmung von 20 Zeugen würde der Prozeß am 1. August beendet sein.

*

Im Auftrage der Regierung hat der polnische Gesandte in Washington, Wróblewski, den Staatssekretär Hughes davon in Kenntnis gesetzt, daß die polnische Regierung an die Regelung ihrer in den Vereinigten Staaten aufgenommenen Verpflichtungen herantrete. Dieser Schritt der polnischen Regierung fand die wärmste Anerkennung des Staatssekretärs, der erklärte, daß dieser Schritt Polen, das gleich nach Durchführung der Finanzsanierung die Regelung der Auslandsanleihen in Angriff nehme, zur größten Ehre gereiche.

*

Am Sonnabend nachmittag empfing Skirmunt, der polnische Gesandte in London, in den Salons der Gesandtschaft die polnischen Kaufleute und Großindustriellen, die gekommen waren, um die Ausstellung in Wembley zu besuchen. Die Gäste werden noch eine Woche in London verweilen.

Eine Komitee des Völkerbundrates erörterte am Sonnabend eine Note der Kownoer Regierung über das litauische Schulwesen im Wilnaer Lande.

*

Am Sonntag begann in Warschau ein Landwirtschaftskongreß. Der Eröffnung ging ein Gottesdienst voraus, der in der Kreuzkirche abgehalten wurde. Der Kongreß wurde in der Philharmonie durch den Komiteevorsitzenden eröffnet, worauf der Landwirtschaftsminister eine Rede hielt.

Eisenbahnkatastrophe.

Ein furchtbares Eisenbahnunglück hat sich auf dem Potsdamer Bahnhof ereignet. Ein aus Magdeburg einfahrender Personenzug fuhr auf den dort stehenden Vorortzug. Die letzten drei Wagen des Vorortzuges wurden vollkommen demoliert. Der Gasometer eines Wagens explodierte, doch konnte glücklicherweise das Feuer gelöscht werden. Als mit Beilpicken, Sägen und anderen Werkzeugen die ineinandergepreßten Trümmer der letzten Wagen geöffnet wurden, bot sich ein furchtbarer Anblick dar. Einige Frauen hatten Schreikrämpfe bekommen, eine gebärdete sich vollkommen irrsinnig und griff ihre Retter an. Zwei Personen wurden als Leichen geborgen. Es sollen nach bisherigen Feststellungen 20 Reisende schwer und 20 leicht verletzt sein.

Die Schuld an dem Unglück trifft den Fahrdienstleiter, der nach Eintritt einer Blockstörung verabsäumt hatte, das Zugmeldeverfahren einzuführen.

Das politische Verbrechen in Rom.

Inzwischen haben die Untersuchungen über das gestern bereits gemeldete Verschwinden des italienischen sozialistischen Abgeordneten Matteotti ergeben, daß der Abgeordnete in einem Auto entführt und in der Nähe einer Straße bei Bassano di Sutri durch Schläge auf den Kopf und Dolchstöße **ermordet worden ist.** Das Verbrechen hat in allen politischen Kreisen, besonders in den linken, ein ungeheures Aufsehen erregt. Matteotti soll vor einigen Monaten heimlich und ohne Ausreisevisum nach England gefahren sein, um den englischen Sozialisten Bericht über die Verhältnisse in Italien zu geben. Man nimmt allgemein an, daß das Gerücht über diese Reise die Faszisten zu einem Racheakt veranlaßt hat. In der Kammersitzung vom 13. Juni wiesen die Faszisten sämtliche Verantwortung für das Verbrechen zurück, das ja der Partei nur schaden konnte. Besonders scharf verurteilte Mussolini, der bei seiner Rede ein bleiches Gesicht hatte, diese „politische Dummheit". Er teilte mit, daß einige der Attentäter bereits verhaftet sind. Der Mord ist in erster Linie ein Verbrechen am Faszismus, und Mussolini erklärte, **daß die Todesstrafe sämtlicher Attentäter als gerechte Sühne für das Verbrechen erfolgen müßte.**

In kurzen Worten.

Doumergue hat in Begleitung des Kabinetts Marsal einen Kranz am Grabe des unbekannten Soldaten niedergelegt.

*

Die Micum droht den Ruhrindustriellen neue Sanktionen an, wenn sie die Micumverträge nicht fristlos verlängern wollen. Die französischen Forderungen sind für die erschöpfte Ruhrindustrie geradezu unannehmbar.

*

In Hannöversch-Münden fand am 13. Juni im Anschluß an die Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum im Auslande eine Jugendtagung statt. Vertreter der auslandsdeutschen Studentenschaft hielten in der Aula des Gymnasiums eine öffentliche Sitzung ab. Es waren z. B. Vertreter aus Siebenbürgen, Rußland, Polen, Deutsch-Böhmen, Südtirol, Jugoslawien und andere erschienen.

*

Die Regierung Bratianu hat für ganz Rumänien den Ausnahmezustand erklärt, da die Lage der Regierung große Schwierigkeiten aufweist. Presse und Versammlung unterliegen Beschränkungen.

*

Der bekannte Engländer Sir John Simon erklärte in einer Rede in Wales, daß Frankreich die im Versailler Vertrage festgelegten Linien dauernd überschreite, ohne daß die anderen Mächte dagegen ernsthaft protestieren. Er erwartet von der Weltdemokratie eine aktivere Stellungnahme zu diesen Tatsachen.

*

Der Panzerturm des amerikanischen Schlachtschiffes „Missisippi", in dem 450 Pfund Brennstoffe gelagert waren, explodierte. 43 Mann, 3 Offiziere wurden getötet und 20 Mann verletzt.

*

Im internationalen Arbeitsamt in Genf unter dem Vorsitz des französischen Regierungsvertreters Fontain herrschte große Beunruhigung über die teilweise Verlängerung der Arbeitszeit und der Zunahme der Arbeit in Deutschland. Das klingt geradezu paradox, wenn man an die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und an die Deutschland aufgebürdeten Reparationslieferungen denkt.

*

In Bingerbrück wurde der Fuhrunternehmer Adelsbeck, Vater von zwei Kindern ohne Grund von einem französischen Soldaten erschossen. Die französische Gendarmerie verhaftete den Verbrecher sofort.

*

In Ludwigshafen hat die französische Kriminalpolizei 100 Personen wegen Verbreitung gefälschter Regiefranken verhaftet. Da sämtliche Verhaftete das Geld nicht selbst nachgeahmt und es unwissentlich verbreitet haben, stellen diese Verhaftungen einen ungerechten Übergriff dar.

*

Die im Kerker in St. Matin de Re untergebrachten 42 Rhein-Ruhr-Deutschen wurden auf Grund diplomatischer Verhandlungen in Gefängnisse ihrer Heimat überführt.

*

Aus Cleveland wird gemeldet, daß Coolidge vom republikanischen Konvent als Präsidentschaftskandidat in Vorschlag gebracht worden ist.

Letzte Meldungen.

Rücktritt Marsal.

Das Elysée gibt folgende Mitteilung heraus: **„Die Minister haben sich im Elysée sofort nach Ankunft des Präsidenten der Republik zu einem Ministerrat vereinigt. Das Ministerium François Marsal hat dem Präsidenten der Republik seine Demission unterbreitet. Präsident Doumergue hat aber die Minister gebeten, bis zur Bildung des neuen Kabinetts die laufenden Geschäfte zu erledigen."**

Jubiläumsfeier und Eröffnung des neuen Hafens in Königsberg.

Gleichzeitig mit der Feier des 200jährigen Jubiläums der Stadt Königsberg fand die festliche Einweihung des neuen Handels-, Industrie- und Freihafens statt. Die Teilnehmer des Festes erschienen auf acht Dampfern im neuen Hafenbecken. Außer den vollzählig erschienenen örtlichen Behörden war der Reichsinnenminister Dr. Jarres, der preußische Handelsminister Siering, der geschäftsführende Vorsitzende des Deutschen Städtetages Metzlaff erschienen. Über die neuen Hafenbecken waren Flaggenseile gespannt, die der erste Dampfer durchschnitt, um dadurch symbolisch die Öffnung des Hafenbeckens für den Verkehr anzudeuten. Musik und begeisterter Jubel der Festteilnehmer begleitete diesen Akt.

Am selben Tage, nachmittags, erfolgte die Einweihung des Königsberger Flughafens.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Statt Karten.

Helene Fröhlich
Johann Lander, Lehrer
Verlobte
Pfingsten 1924.
Grzebienisko. Radusz, pow. Międzychód.

Statt Karten.

Mathilde Bieler
Ludwig Schwab
Staatsforstbeamter
Verlobte
Pfingsten 1924.
Boduserwo. Nowołoskoniec.

Kamelhaar-Treibriemen
beste Qualität
in allen Längen und Breiten.
Ia Riemenwachs.
Erntepläne
zu günstigen Preisen sofort ab Lager lieferbar.
Woldemar Günter
Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel.
Fette und Oele.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego Nr. 6.
Telephon 52-25. Telephon 52-25.

Bordeauxweine
weiß und rot
reichhaltige Auswahl bei
NYKA & POSŁUSZNY
Erstklassiges Wein- und Spirituosen-Versandhaus.
Poznań, Wrocławska 33/34. Telephon 1194.

ERDMANN KUNTZE
Schneidermeister Poznań, ul. Nowa 1, I. Etage
Anfertigung vornehmster
Herren- u. Damen-Moden



Lager
in prima
englischen
u. deutschen
Stoffen.



Gelieferte Stoffe werden zu erstklassiger Verarbeitung angenommen.

J. Kadler, vorm.: O. Dümke
Möbelfabrik — Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 36.
Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen
Klubmöbel in Leder und Gobelin.

Dächer jeder Art
werden sachgemäss und billigst hergestellt, repariert und geteert.
G. Benedix, ältestes Spezialgeschäft
Telephon 1837. Poznań Towarowa 21 a.

Braunkohlen- Salonbriketts
„Kaiser“ oder „Lux“
Grossvertrieb durch
Maasberg & Stange, Bydgoszcz
Pomorska 5. Telephon 900.
Desgl. Grossvertrieb und Generalvertretungen in
Steinkohlen, Hüttenkoks, Gießereikoks
Holzkohle, Rauchkammerlösche, **Kalk, Zement.**

Kattowitzer Zeitung
Oberschlesisches Handelsblatt
54. Jahrgang
Das maßgebende Organ in Fragen der
Politik u. Wirtschaft
Zuverlässige Berichterstattung
Führendes Blatt für
Handel und Industrie
Verbreitetste u. angesehenste Tageszeitung im polnischen Industriegebiet
Erfolgreichstes Insertionsorgan
Probenummer auf Wunsch unberechnet

Below-Knothe'sches Mädchen-Lyzeum
Poznań, Wały Jana III, Nr. 4.
Anmeldungen für das neue Schuljahr
werden täglich von **12—1 Uhr** im Schulhause entgegengenommen. Für das **1.—3. Schuljahr** werden auch **Knaben** aufgenommen.
Aufnahmeprüfung Montag, d. 30. Juni
vormittags 11 Uhr.
Es sind vorzulegen: Taufschein, bezw. Geburtsschein, Impfschein und letztes Zeugnis.
Oberlehrerin **H. Schiffer,** Direktorin.

Bekanntmachung.
Auf Grund des Magistratsbeschlusses vom 27. Mai d. Js. den die Stadtverordnetensitzung bestätigt hat, setzt der Magistrat von heute den Preis für Gas auf 28 Groschen fest. Mit Rabatt für die Abnehmer
von 1000 kbm. jährlich 1 Gr.
von 3000—5000 kbm. jährlich 2 Gr.
für Abnehmer über 5000 kbm. jährlich 3 Gr. für 1 kbm.
Der Mietszins für den Gasometer ist in der Weise festgesetzt, daß 80% der Vorkriegsmiete eingezogen wird, also für 1 Goldmark = 1 Złoty.
Magistrat VI/2.

Der Magistrat veröffentlicht eine Ausschreibung für den weiteren Bau des Kanals vom Eichwaldtor nach der Warthe. Der Termin zur Einreichung der Angebote erlöscht mit dem 14. Juni 1924 um 10 Uhr früh.
Nähere Informationen werden vom Bürovorsteher im Stadthaus, Zimmer 33 erteilt.
Poznań, am 4. Juni 1924.
Magistrat VII.

Um wegen der in der letzten Monatswoche stattfindenden Inventuraufnahme unser Lager zu räumen, veranstalten wir in der Zeit (7850
vom 16. bis 26. Juni 1924 einen
Inventur-Ausverkauf.
Wir gewähren auf alle Waren einen **Inventur-Rabatt von 5 Prozent,** der sofort in Abzug gebracht wird.
In der Zeit vom 27. Juni bis 1. Juli d. Js. einschließlich bleiben unsere Verkaufsräume
wegen Inventur geschlossen.
Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft T. zo. p.
Poznań, ul. Wjazdowa 3. **Textilwaren-Abteilung.**

„Sanitas“
erste Fabrik von Gesundheits- u. Tischwasser in Grosspolen u. Pommerellen,
Poznań, ul. Półwiejska 13, ul. Kwiatowa 1, Telephon 1554
empfiehlt **Gesundheitswasser,**
sehr wirksam, immer frisch und von ärztlichen Autoritäten anerkannt als hinter den natürlichen Wassern nicht zurückstehend, gegen diese aber erheblich billiger, wie:

Apenta	Hunyadi János	Salvator
Biliner	Karlsbader	Salzbrunn
Emser	Kissinger Rakoczy	Selter
Fachingen	Marienbader	Vichy g. grille

Vichi célestins, Wildungen
Alkalische Wasser — — — Tischwasser.
Die Verdauung sehr fördernd, wie:
Apollinaris, Gieshübler, Kristall.
Diese Wasser sind auf der Ausstellung für Landwirtschaft und Industrie in Posen 1923 mit der silbernen Medaille sowie durch zahlreiche Äußerungen, Anerkennungen und Lobesbriefe ausgezeichnet worden.
Zu erhalten im kleinen wie großen in den Magazinen der
Firma „Sanitas“
ul. Kwiatowa 1, Telephon 1554
sowie in Apotheken, Drogerien, Delikatessgeschäften, Konditoreien, Kaffeehäusern, Restaurationen.

Tausche ein Grundstück
von 70 Morgen Gerste- und Kleeboden, davon 11 Morgen vorzügliche Heuwiese mit Torf, etwas Bauholz, sehr gutem Inventar, Grundstück liegt im Dorf, dicht an Chaussee und Schule, ist schuldenfrei. Viehbestand 11 Rinder, 2 Pferde, 14 Schweine. Ein Altenteil ist zu übernehmen (ein Mann 70 Jahre alt) jährlich ca. 60 Mk. **Besitzer von über 100 Morgen** und Brennmaterial und Heuwiesen können **sofort** mit mir in Verbindung treten, **zwecks Tausch.** Genaue Beschreibung Bedingung. (7834
Niemczyk, Lugetal, Kreis **Flatow,** Grenzmark (Deutschl.)

Beabsichtige mein (7874
Gut Mylin,
ca. 950 Morg. groß, in guter Kultur u. schöner Lage, mit gut. Wohnhaus, hohen Alters wegen, sofort zu verkaufen. Verm. ausgeschlossen. **Furchheim, Mylin,** Post **Srodka,** Bahnst. **Chrzypsko.**

Gute Lebensexistenz!
Das beste Geschäftshaus einer Industriestadt b. Cüstrin mit hochmod., flottem **Kolonialwaren-, Getreide- und Baumaterialiengeschäft,** am Markte gelegen, verkaufe **umständehalber.** Neue massive Gebäude, Garten, Lagerkeller, gr. Getreidespeicher. Erstklassige **Wohnung frei.** Vermittler verbeten. **Preis 35—40000 R.-Mk.,** mit Lager **50000.** Nur zahlungsf. Käufer. Anfrage unter **A. B. 7835** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Herren-Artikel!
Richtig sortiertes Lager. Preise bekannt billig! **Sluchniński, Król i Doležal, Poznań, ulica 3. Maja 4.** (1716

Empfehlen, neu, zur Anschaffung, **sofort lieferbar,** folgende Romane:
Wasner, Günther Ambach u. die Baronin.
Schirokauer, Marta Riel. Eine Geschichte vom Glück.
Klein, D. gestohlene Professor. Eine romantische Geschichte aus d. griechischen Bergen.
Klein, Das Gold im Meer.
Wohlbrück, Aus d. Memoiren d. Prinzessin Arnulf, Roman do. Das goldene Bett, geb.
Pflanzen-Atlas zu Kneipp's Wasserkur.
Feldtmann, Der Naturfreund im Walde, geb.
Rocholl, Christophorus aus Wald und Heide, 2 Bde. geb.
Dr. Oskar, Weltgeschichte, in Bildern, geb. (Historischer Atlas), mit 122 Illustration. in feinstem Farbendruck mit erläuterndem Text.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abteil. Versandbuchhandlung.

Damenwäsche
von billigster bis zur Luxusausführung, im ausgesucht schönen Sortiment. Preise bekannt scharf kalkuliert! **Sluchniński, Król i Doležal, Poznań, ulica 3. Maja 4.**

Einen fast neuen
Motorpflug
„Hannomag 80 PS.“
der nur 200 Morgen gepflügt hat, weil für hiesigen Boden zu stark, (7866
äußerst preiswert
ab **Zoppot** zu **verkaufen.**
Nähere Auskunft
Seefisch, Zoppot
Wilhelmstraße 68.

Damen-Blusen
neu aufgenommen! Wunderbare Voile-Blusen, wirklich auffallend preiswert. Seidentrikotinblusen, sehr elegant, zu 36 Millionen. **Sluchniński, Król i Doležal, Poznań, ulica 3. Maja 4.** (1717

Spielplan des Großen Theaters.

Montag,	den 16. 6., 7½ Uhr: **„Lohengrin“,** Romantische Oper von Wagner.
Dienstag,	den 17. 6., 7½: **„Madame Pompadour“,** Operette von Leo Fall.
Mittwoch,	den 18. 6., 7½ Uhr: **„Tannhäuser“,** Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski.
Donnerstag,	den 19. 6., 7½: **„Madame Pompadour“** Operette von Leo Fall.
Freitag,	den 20. 6., 7½ Uhr: **„Tosca“,** Oper von Puccini.
Sonnabend,	den 21. 6., 7½ Uhr: **„Boccaccio“,** Kom. Oper von Suppé.
Sonntag,	den 22. 6., 7½ Uhr: **„Tannhäuser“,** Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.

Wegen Aufgabe meiner Firma erkenne ich Forderungen jeder Art nur noch bis zum
28. Juni 1924
an. Bis zu diesem Termin bitte ich alle Interessenten sich werktäglich in der Zeit zwischen 11—3 Uhr zwecks Abrechnung ins **„Hotel Monopol“,** Zimmer 47, zu bemühen. (890
Warrant Gronowski.

Posener Bachverein.
Mittwoch, den 18. Juni, abends 7½ Uhr
in der Kreuzkirche:
Naturlieder-Abend
Karten für 5, 3, 1 Million, Texte für ½ Million in d.
Ev. Vereinsbuchhandlung

Apotheke
zu pachten oder Verwaltung gesucht.
Gefl. Angebote an „Par“, Poznań, ul. 27. Grudnia 18, unter Nr. 59,226.

Detektivbureau „Greif“
Poznań, Fr. Ratajczaka 13
Ermittelungen, Beobachtungen, Auskünfte.

Rolläden und Jalousien
repariere billig. Komme auch nach auswärts. **F. Prałat,**
Poznań, Długa 6, I.

Suche für meine Nichte, evgl., 24 J. alt, die Bekanntschaft eines Herrn mit sicherer Existenz, zwecks späterer
Heirat.
Aussteuer und Vermögen vorhanden. Anfragen mit Bild, welches retourniert wird, unt. **„Zufriedenheit 7875“** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Die billigen Tage sind da!!!
Bitte beachten Sie unsere Schaufenster.
Warzawska Drogerja
Poznań, ul. 27. Grudnia 11. Tel. 2074.

Intelligente **Dame,** 22 Jahre alt, wünscht brieflichen Gedankenaustausch mit feingebildetem Herrn zwecks Anbahnung zu
späterer Heirat.
Off. u. **L. W. 7869** a. Gschst. d. Bl.

Besitzertochter, 23 Jahre alt, wünscht pass. Herrn zwecks
späterer Heirat
kennen zu lernen. Off. unter **H. 7868** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Lebenslustige, junge **Dame,** berufstätig, sucht **Freundin** zwecks geselligen Verkehrs. Off. u. **7864** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Herzliche Bitte!
Am Pfingst-Sonnabend hat sich mein Sohn **Werner,** der bei mir zu Besuch war, heimlich entfernt. Er ist 17 J. alt, ungefähr 1,75 m groß, hat gesunde Gesichtsfarbe, ist dunkelbl. Seinen Weg w. er wahrscheinlich nach Bromberg oder Danzig genommen haben. Alle, die mir über den Verbleib des Sohnes Auskunft geben können, bitte ich, um sofortige telegraphische Nachricht. Ich warne, meinem Sohne etwas zu borgen, da ich für Schulden nicht aufkomme. **Wilh. Wieczorek,** Zimmermeister, **Dobrzyca.**

Am **23. d. Mts., vormittags 10.30 Uhr** findet in **Rentamt Łomnica,** pow. **Nowy Tomyśl,** die (7878
Verpachtung der Sauerkirschenalleen statt.
Herrschaft Łomnica.

4—6000 Złoty
sucht Spezialfabrikation zwecks Erweiterung des Betriebes gegen zeitgemäße Verzinsung bei besten Sicherheiten. Gefl. Angebote unter **„P. 1713“** an **T. A. Reklama Polska, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.**

Empfehle billigst **alle Sorten Leder,** wie:
Blankleder, schwarz und braun
Fahl-, Alaun-, Transparent-, Sohl- und Roßleder usw.
Gerberei Rich. Korbe.
Zbąszyn. **Telephon 72.**

Des gesetzlichen Feiertags wegen erscheint am Donnerstag, dem 19. d. Mts.
keine Zeitung!
Wir bitten, alle für diesen Tag bestimmten Anzeigen uns bis spätestens Mittwoch vorm. einzusenden.
Posener Tageblatt.

Treibriemen



Poznań — ul. Severyna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. Juni.

Deutscher Frauentag in Dirschau.

Haben Versammlungen einen Zweck? Haben insbesondere Frauenversammlungen einen Zweck? — Es gibt sicher viele, die diese Frage verneinen. Es gibt sicher auch unter sozial und charitativ arbeitenden Frauen viele, die da meinen, wenn jeder an seinem Platze seine Pflicht erfüllt, so wäre es genügend, aber gemeinsame Beratungen wären nicht notwendig. Doch da sehen die, die so urteilen, die Sache nicht im richtigen Lichte. Gerade in unserer Zeit und in unserer Lage kann der Einzelne, Alleinstehende sein Wirken und die Notwendigkeit desselben zu wenig übersehen. Zu leicht können auch ihm entgegentretende Schwierigkeiten seinen Mut lähmen. Das Gefühl aber, daß überall, hier und da zerstreut, vielfach vereinzelt, aber im Zusammenschluß doch eine beträchtliche Menge bildend, Gleichgesinnte an der Arbeit sind, stärkt den Mut, die Arbeitsfreude wie nichts anderes. — Jeder, der zur Tagung kommt, bringt nicht nur für sich selbst Gewinn nach Hause, er hat auch andern etwas gegeben, schon allein durch seine bloße Gegenwart, aber wohl durch seine Erfahrungen, durch den Gedankenaustausch, in dem er Anregung gab und nahm.

Wenn auch selbstverständlich die Vorträge und Verhandlungen den Kernpunkt der Tagung bilden, so ist doch bei Aufstellung der Tagesordnung nicht versäumt worden, auch Gelegenheit zu zwanglosem Meinungsaustausch zu gewähren.

So bleiben am Montag, nachdem Herr Sejmabgeordneter Graebe in seinem Vortrage „Die Frau im öffentlichen Leben" vom Standpunkte des Mannes aus auf die Notwendigkeit der Betätigung der Frau auch außerhalb der Familie hingewiesen, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Frauentags (denn auch Herren sind als Gäste herzlich willkommen) zusammen, um durch Anknüpfung persönlicher Beziehungen das so segensreiche Gemeinsamkeitsgefühl zu stärken. Der Dienstagnachmittag und -abend, ausgefüllt durch einen gemeinsamen Ausflug und ein geselliges Beisammensein, gewährt die Möglichkeit, die Anregungen der Vormittagsverhandlungen durchzusprechen und so die praktische Durchführung der Gedanken in Aussicht zu nehmen. — Hier wird noch so mancher Wink gegeben, und was wir wollen, tritt klarer in die Erscheinung. Möchten sich recht viele zusammenfinden, damit alle Verhandlungen einen lebhaften Widerhall finden!

Anmeldungen (auch noch für Gastquartiere) nimmt Frau Stadtrat Wessel-Dirschau entgegen.

Zum Besuch der französischen Bischöfe in Posen.

Die französischen kirchlichen Würdenträger, der Pariser Kardinal-Erzbischof Dubois, Erzbischof Chollet, die Bischöfe Julien, Baudrillart und Choptal, treffen auf ihrer Reise durch die Republik Polen am nächsten Sonnabend, abends gegen 8 Uhr, in Posen ein, um am Sonntag an der großen Prozession auf dem Alten Markt teilzunehmen. Um 12¼ Uhr mittags ist Empfang im Goldenen Saale des Rathauses und um 5 Uhr nachmittags eine Feier in der Aula der Universität mit einer Rede des Bischofs Baudrillart. Für den Montag ist u. a. ein Besuch der Kaserne des 58. Infanterie-Regiments, der St. Adalbert-Druckerei und der St. Adalbert-Buchhandlung in Aussicht genommen. Um 2 Uhr nachmittags ist Empfang beim Wojewoden, um 5 Uhr im polnisch-französischen Verein. Am Dienstag reisen die Bischöfe um 10 Uhr vormittags nach Gnesen und kehren gegen 3 Uhr nachmittags zurück, um am Abend Posen zu verlassen.

Eine Polizeiverordnung über den Aufenthalt in der Grenzzone.

Auf Grund der Verordnung des Staatsverteidigungsrates vom 20. Juli 1920 des Dziennik Ustaw 64, Pos. 426, hat der Starost Dr. Dalbor des Kreises Krotoschin unter 31. Mai d. Js. folgendes verordnet:

Das Gehen und Fahren in der Grenzzone, d. h. in einer Entfernung von 2 Kilometern von der Grenzlinie ist außer beamteten Personen nur den Personen gestattet, die dauernd mindestens seit 6 Monaten in dieser Zone wohnen, und anderen Personen nur auf Grund von Grenzpässen oder Grenzausweisen oder auch besonderer Erlaubnis der zuständigen Polizeibehörde oder des Starostwo. Personen, die dauernd in der Grenzzone wohnen, müssen außer ihrem Wohnsitz einen Personalausweis haben. Personen, die in die Stadt Zduny kommen, sind von einer besonderen Erlaubnis, was den Aufenthalt in der Stadt Zduny selbst betrifft, befreit, sofern sie einen Personalausweis haben. Personen, die in die Stadt Zduny kommen, müssen auf der Polizei gemeldet sein und eine Bescheinigung der Anmeldung bei sich haben. Das Gehen und Fahren in der Grenzzone zur Nachtzeit von Sonnenuntergang bis zu Sonnenaufgang ist nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der Polizeibehörde gestattet, die eine solche Erlaubnis nur den Personen erteilt, die sich durch ein besonderes Bedürfnis ausweisen und keinen Verdacht erwecken. Diese Vorschrift verpflichtet auch die dauernden Bewohner der Grenzzone neben ihrem dauernden Aufenthaltsort. Zur Ausübung der Jagd und des Fischfanges in der Grenzzone bedürfen die Besitzer oder Pächter einer besonderen Genehmigung des Starostwo und zum Handeltreiben der Zolldirektion. Personen, die in der Grenzzone trotz dieser Verordnung betroffen werden, unterliegen einer zwangsweisen Abführung zu dem Polizeiposten bzw. der Zollwache und den in Artikel 9 der obigen Verfügung des Staatsverteidigungsrates vorgesehenen Strafen, d. i. einer Gefängnisstrafe bis zu 8 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 500 Złoty oder beiden Strafen zusammen. Diese Verordnung tritt in Kraft vom dritten Tage nach der Bekanntmachung im Kreisblatt.

✕ **Persönliches.** Der Vizedirektor der Wielkopolska Izba Rolnicza (Landwirtschaftskammer) Zbigniew Jaróchowski hat sein Amt niedergelegt.

Verbot des Tragens von Orden und Auszeichnungen der ehemaligen Teilungsmächte. Infolge einer Anfrage, ob das Tragen von Orden und anderen militärischen und zivilen Auszeichnungen der ehemaligen Teilungsmächte durch polnische Staatsangehörige gestattet sei, gibt das Innenministerium im Einverständnis mit dem Ministerratspräsidium und dem Außenministerium bekannt, daß das Tragen solcher Orden und Auszeichnungen durch polnische Staatsangehörige unbedingt nicht gestattet ist, und daß der Artikel 96 der Verfassung, der von einer Erlaubnis seitens des Staatspräsidenten zur Tragung von ausländischen Auszeichnungen spricht, diese Auszeichnungen nicht betrifft.

✕ **Die Post- und Telegraphendirektion** bittet uns mitzuteilen, daß sie bereits alle Abonnenten aus Jersitz zur vollautomatischen Telephonstation in Lazarus umgeschaltet hat. Alle Abonnenten, die im neuen Verzeichnis mit einem Stern versehen sind, müssen vom 16. Juni mit den Nummern angerufen werden, die im Verzeichnis der Abonnenten Seite E 12—16 auf rotem Papier am Ende stehen. Beschädigungen der Anschlüsse, die der automatischen Zentrale in Lazarus angeschlossen sind, müssen der Störungsstelle unter der Nummer 4471 und jegliche Reklamationen, die den Betrieb in den neu umgeschalteten Stationen betreffen, unter derselben Nummer mit der Angabe „nadzór" angemeldet werden.

Auswandererkontrolle. Der Innenminister hat angeordnet, daß die Grenzwojewodschaften an die Grenzpunkte, in denen der Personenverkehr vor sich geht, besondere Aufsichtsbeamte senden, die feststellen sollen, ob die Grenzbehörden die für den Grenzverkehr erlassenen Vorschriften innehalten, besonders was die Auswandererstatistik anbetrifft, sowie zwecks einer eventuellen Belehrung derselben über die Art und Weise, wie diese Vorschrift auszuführen ist.

✕ **Miljonówka.** In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 2 447 965.

✕ **Das Pfingstschießen der Posener Schützengilde** hat gestern, Sonntag, nachmittag mit der Proklamierung der Würdenträger durch den Gildenältesten Jan Łuczak ihr Ende erreicht. Schützenkönig wurde Fleischermeister Jan Magdziarek, erster Ritter Kaufmann Adam Wojciechowski und zweiter Ritter Eugen Minke. Nach diesen hatte den besten Schuß Bäckermeister Leon Brędczewski abgegeben.

✕ **Der Ausstand der Schneidergesellen** steht vor dem Zusammenbruch. Ein Teil der Schneider hat die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, der andere Teil hat bei dem Arbeitsamt einen Antrag um Vermittelung gestellt. Heute, Montag, soll eine Sitzung des Schiedsamts stattfinden.

✕ **Die Hauptverhandlung** gegen den Lehrer und Hausbesitzer Stanisław Pieniążek, der am 26. Januar auf der ul. Grudnia 27 (fr. Berlinerstr.) den Kaufmann und Oberleutnant Chełmikowski aus Eifersucht erschossen hat, wird nun doch am 27. Juni vor der 4. Strafkammer stattfinden. Den Vorsitz wird Direktor Obtułowicz führen; die Anklage vertritt Staatsanwalt Iżycki. Gegen Pieniążek schwebt noch eine zweite Anklage wegen Verbrechens gegen § 176 an seinem Dienstmädchen.

✕ **Einen gräßlichen Unfall** erlitt Sonntag mittag die 19jährige Marja Kowalska, ul. Gwarna 10 (fr. Viktoriastr.), beim Brennen ihrer Haare. Sie kam mit den Haaren der Gasflamme zu nahe, stand sofort über und über in Flammen und trug so gefährliche Brandwunden im Gesicht und auf dem Kopfe davon, daß sie dem Stadtkrankenhause zugeführt werden mußte.

☐ **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen (Montag-) Wochenmarkt herrschte ein Überangebot an Landbutter, während an Eiern Mangel war. Es kostete das Pfund Landbutter 2—2 300 000 Mark, die Mandel Eier 2¼ Millionen, das Pfund Weißkäse 600 000 Mark, Kartoffeln 80 000 Mk., Rhabarber 300 000 Mk., der Kopf Salat 200 000 Mk., Spargel 1 200 000—2 500 000 Mk., Erbsen 400 000 Mk., Bohnen 1¼ Millionen, Schweinefleisch 1 100 000 M., Kalbfleisch 1 Million, Speck 1 200 000 Mk., ein Hering 250 000 Mk.

✕ **Verschwunden** ist seit Sonnabend die 16jährige Alina Babińska aus der Piekary 15 (fr. Bäckerstr.). Sie soll mit einem Herrn in Unterhandlung gestanden haben, der sie in die Türkei mitnehmen wollte.

✕ **Das Opfer eines Raubüberfalls** wurde hier Sonnabend gegen 11 Uhr ein gewisser Paul Tugundke auf dem Wege zur „Herberge zur Heimat", und zwar in deren unmittelbarer Nähe. Er erhielt mit einem scharfen Gegenstande einen Schlag über den Kopf, so daß er besinnungslos wurde. Geraubt wurden ihm 190 Złoty.

✕ **Wieder einmal!** Freitag vormittag 10½ Uhr brannten in der ul. Seweryna Mielżyńskiego (fr. Viktoriastr.) sämtliche Gaslaternen.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: von der ul. Wyspiańskiego (fr. Hardenbergstraße) weg ein Wagen mit Pferd und eine Ziege im Gesamtwerte von einer Milliarde; aus einer Wohnung des Hauses ul. Gajowa 3 (fr. Marienstraße) Kleidungsstück im Werte von 700 Millionen; aus der Fabrik „Energja" in der ul. Wenecjańska 6 (fr. Venetianerstraße) bereits im Mai zwei elektrische Motoren, der eine von der Firma „Dr. M. Lewy" G. 45 068 K. m. 250 Volt, der andere Fabrik der A. E. G., 220 Volt; aus einer Bodenkammer Grobla 6 (fr. Grabenstraße) Wäsche im Werte von 280 Millionen; einem Besucher der Philippinerkirche auf der Schrodka eine Geldtasche mit 50 Złoty und einem Ausweis auf Stanisław Sobkowiak, Ostrówek 7; aus einer Werkstatt ul. Jezuicka 2 (fr. Jesuitenstraße) 100 Złoty; aus einer Wohnung ul. Kozia 5 (fr. Ziegenstraße) eine Tasche mit 25 Millionen und einem Hausierschein auf den Namen Ignatz Sobczyk.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag: 15 Betrunkene, 7 Dirnen, 4 Diebe, 1 Bettler, 6 gesuchte Personen und 3 Personen wegen Umhertreibens.

---

* **Berent,** 14. Juni. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am 6. d. Mts. hier zugetragen. Bei der Einfahrt eines Güterzuges geriet der Rangierer Nowacki unter die Maschine, wobei ihm beide Beine zermalmt wurden. Der Verunglückte wollte zu Pfingsten seine Hochzeit feiern.

* **Bromberg,** 14. Juni. Die „Deutsche Rundschau" berichtet: Der deutsche Gesandte in Warschau, Herr Ulrich Rauscher, traf heute morgen in Begleitung mehrerer Herren der deutschen Gesandtschaft in Bromberg ein. Außerdem wird heute der neuernannte deutsche Generalkonsul in Posen, v. Henting, zu kurzem Besuch erwartet. — In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde das erste städtische Schulstipendium (Coppernicus-Stipendium) dem Studenten der Posener Universität A. Kiedrowski zugewiesen. Zwei Arbeitern der Städtischen Gasanstalt wurden Ehrendiplome für ihre 25jährige Tätigkeit überreicht. Eine längere Aussprache hatte die Frage der Hilfeleistung für Arbeitslose zur Folge. Es wurde beschlossen, eine Stadtanleihe in Höhe von 100 Milliarden Mark aufzunehmen und für dieses Geld die Glinker Straße zu bebauen, mehrere Straßen zu pflastern und etliche alte Häuser an der Großen Bergstraße abzureißen. Als Grundsatz wurde festgelegt, daß die Arbeiten ausschließlich Bewohnern der Stadt Bromberg, vor allem aber Familienvätern, zugeteilt werden sollen. In einer geheimen Sitzung wurde der Dringlichkeitsantrag angenommen, dahin zu wirken, daß die hiesigen Tabakfabriken, die vom Staate aufgekauft wurden, in Bromberg verbleiben.

* **Bromberg,** 14. Juni. Ein Raubmord ist, wie die „Deutsche Rundsch." meldet, an dem Waldarbeiter Żynowski aus Piecki bei Hopfengarten, Kreis Bromberg, verübt worden. Zwei seiner Arbeitsgenossen haben ihn mit einer Axt erschlagen, dem Toten die Barschaft und die silberne Uhr geraubt und die Leiche im Walde vergraben. Die Täter wurden ermittelt und festgenommen und haben ein Geständnis abgelegt. Am 6. Juni meldete die Frau des Waldarbeiters Ż. der Kriminalpolizei, ihr Mann, der 43jährige Arbeiter Arkadius Ż., sei seit dem 28. Mai verschwunden. Die Frau äußerte gleich die Vermutung, ihr Mann sei umgebracht worden, und bezeichnete als der Tat verdächtig die beiden Waldarbeiter Michael Makowski und Josef Kobecki aus Piecki, dem gemeinsamen Wohnort der drei Arbeiter. Daraufhin wurden M. und K. festgenommen, leugneten aber zunächst alles ab und suchten den Verdacht auf andere Personen zu lenken. Donnerstag früh dagegen bekundete Kobecki, daß Makowski den Żynowski mit der Axt erschlagen habe. Daraufhin legte auch M. ein volles Geständnis ab.

* **Graudenz,** 15. Juni. Ein Liebesdrama hat sich dieser Tage hier ereignet. Eine junge Dame kam hierher, um einen Offizier, mit dem sie ein Verhältnis hatte, das ihr ihrer Meinung nach auf eheliche Verbindung Aussicht eröffnete, zu besuchen. Da der Geliebte

---

Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Niemasch.

(41. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Sie haben mich offenbar mißverstanden, gnädiges Fräulein," sagte er sehr verbindlich, aber etwas steif. „Ich habe Ihnen meinen Schutz und volle Genugtuung zugesichert. Es ist im Augenblick alles, was ich tun kann. Ich würde von einer Laune und einem Disziplinbruch nur sprechen, wenn Sie auch nach Beilegung des Falles auf Ihrer Weigerung beharren würden, die Rolle zu singen. Bis zur Klärung der Sachlage sind Sie in vollem Rechte, wenn Sie auf die Vorwürfe von Frau Budweis hin die Partie zurückstellen. Genügt das?"

„Nein," sagte Marianne schroff. „Denn ich fordere als einen Punkt der mir zustehenden Genugtuung, daß Frau Budweis die Rolle singt. Es soll Klarheit geschaffen werden zwischen ihrem und meinem künstlerischen Können. Ich mache von dieser Forderung mein Bleiben oder Gehen von diesem Theater abhängig.

Der Baron sank fassungslos in seinen Sessel zurück. Er rang nach Luft.

„Fräulein Dolff, Sie stellen den Ruf unseres ganzen Instituts aufs Spiel."

„Der meine steht mir im Augenblick näher, Exzellenz. Außerdem darf ich Sie daran erinnern, daß Frau Budweis den Ruf Ihres Instituts aufs Spiel setzt, nicht ich."

Sie stand sehr hoch aufgerichtet, die Hände in den großen Muff vergraben, in wahrhaft königlicher Haltung vor dem alten Herrn.

Baron Trolle begriff sacht, er hatte es bei Marianne Dolff verfahren. Er hatte alles noch verschlimmert. Wenn sie ging und er sie nicht halten konnte, dann zog auch für ihn eine langgefürchtete Krise herauf. Die Dolff war unersetzlich. Er — — nun, man hatte ihm oft genug zu verstehen gegeben, daß er es nicht war. Von seinen vielen Orden konnte er nicht leben . . .

Er erhob sich ebenfalls, etwas steif und nicht so geschmeidig wie sonst.

„Mein gnädiges Fräulein," sagte er und spielte mit einem Monokel an einer schwarzen Schnur, „ich wäre untröstlich, wenn Sie mit dem Gefühle von mir gingen, ich stünde nicht voll und ganz auf Ihrer Seite. Niemand weiß besser als ich, was wir an Ihnen haben. Als Künstlerin und als Mensch. Wenn ich allein zu entscheiden hätte, hätte Frau Budweis in diesem Augenblick ihre Entlassung und ich wäre auch sonst zu jedem nur denkbaren Opfer bereit —"

„Opfer?" gab Marianne schneidend zurück. „Ich will mein Recht, Exzellenz."

„Sehr wohl. Aber ich allein kann es Ihnen nicht verschaffen. Sie kennen meine eingeschränkten Machtbefugnisse, die Weitläufigkeiten der neuen Verwaltung. Das einzige, was ich allein verantworten könnte, ist das: Ich beurlaube Frau Budweis bis zum Austrag der Angelegenheit. Damit decke ich Sie in nicht mißzuverstehender Weise. Aber inzwischen setzen Sie Ihre Tätigkeit bei uns ungeschmälert fort, nicht wahr?"

„Ich bedaure, Exzellenz. Ich bleibe auf meiner strikten Forderung, daß Frau Budweis die Partie singt, bestehen. Das bin ich meiner künstlerischen Ehre schuldig. Unabhängig von dem, was etwa von seiten der Theaterleitung zur Sühne der persönlichen Angriffe auf mich geschehen wird, werde ich gegen Frau Budweis noch auf andere Weise vorgehen."

Der Intendant faßte sich an die Stirn. „Das wird einen Skandal ohnegleichen geben," murmelte er.

„Ich habe ihn nicht zu fürchten," war die Antwort. „Für die nächsten 14 Tage bitte ich mich zu beurlauben. Ich darf die Bewilligung wohl noch heute erwarten?"

Auch das noch, stöhnte der Baron innerlich. Aber er verbeugte sich leicht und zuvorkommend. Es lag etwas in Mariannens Art, dem er nicht zu widersprechen wagte. Er hatte Respekt vor ihr und hielt es für das klügste, er gab nach.

Schweigend begleitete er sie bis zur Tür.

Als Marianne an dem Wagenschlag ihres Autos stand, schwankte sie. Sie sank halb bewußtlos in die Polster.

Sie war mit ihrer Kraft zu Ende.

VI.

Noch am Nachmittag trat der Vorstand des Bühnenausschusses unter Vorsitz des Intendanten zusammen. Die Beratung dauerte lange und war teilweise sehr erregt. Nach eingehender Darlegung aller bei dem Auftritt anwesenden Zeugen kam man schließlich zu dem einstimmigen Urteil, daß Frau Budweis diese Szene — Dr. May bemerkte sarkastisch, daß es die beste gewesen wäre, die sie je gespielt — vollkommen provoziert hätte, und daß sie mit ihren Anschuldigungen nicht nur Marianne Dolff auf das allerschwerste beleidigt, sondern auch das gesamte Institut gröblichst insultiert hätte.

Bei diesem absolut klaren Tatbestand schien es überflüssig, ein besonderes Ehrengericht einzusetzen.

Der gesamte Bühnenausschuß stellte sich geschlossen hinter Marianne Dolff und sprach ihr sein Bedauern über den Vorfall und sein uneingeschränktes Vertrauen aus.

Bei der Budweis spalteten sich die Meinungen in vier Richtungen. Die schärfste forderte, daß die Sängerin sofort beurlaubt und gegen sie eine Klage wegen Beleidigung anhängig gemacht würde.

Die zweite trat für befristete Kündigung ein, falls die Budweis sich weigerte, eine Ehrenerklärung in einer vom Ausschuß formulierten Form abzugeben.

Die dritte beantragte Ausschluß vom Theaterverbande für einen Monat unter Abzug der Gage.

Die vierte, mildeste Partei endlich, die an die Kinder der Budweis erinnerte und vorstellte, daß sie sich der Tragweite ihres Handelns gar nicht bewußt und offenbar aufgehetzt war, wollte sich mit der bedingungslosen Zurücknahme aller Anschuldigungen begnügen.

(Fortsetzung folgt.)

dessen Gefühle für sie inzwischen erkaltet waren, sich den Wünschen der Dame nicht geneigt zeigte, griff die Verzweifelte zu dem in solchen Fällen manchmal angewandten Mittel, um ihrer Gekränktheit Genugtuung werden zu lassen: der Schußwaffe. Mit dem Revolver des Offiziers schoß die Entrüstete auf ihren Geliebten, ihn verwundend, und richtete dann die Waffe auf sich selbst. Die Kugel verfehlte aber ihr Ziel, so daß das Fräulein aus dieser Affäre, deren nähere Umstände noch in Geheimnis gehüllt sind, unversehrt hervorging.

p. **Nekla**, 15. Juni. Bei der Polizei befindet sich ein größeres Stück Flanell, das hier gefunden worden ist.

* **Schwetz**, 15. Juni. Die hiesige evangelische Kirchengemeinde kann am 19. d. Mts. das 150jährige Bestehen feiern. Es ist für diesen Tag eine größere kirchliche Festlichkeit geplant. Zugleich kann das 30jährige Bestehen der neuen Kirche begangen werden.

Aus dem Gerichtsaal.

* **Posen**, 15. Juni. Am 14. August 1923 entgleiste in der Nähe der Weiche auf der Strecke Luban—Posen ein an den Motorzug angehängter Wagen. Die Ursache der Entgleisung war die plötzliche Umstellung der Weiche, um im letzten Augenblick zu verhüten, daß der Motorzug mit dem aus der Richtung Posen kommenden Güterzug zusammenstieß. Die Gefahr eines Zusammenstoßes war sehr groß, weil der Maschinist sowohl als auch der Heizer des Güterzuges das Signal „Halt!" unbeachtet gelassen hatten und der Zug mit Volldampf fuhr. Die plötzliche Umstellung der Weiche hatte zwar die Entgleisung des Wagens zur Folge, verhütete aber ein großes Unglück, das zweifellos eingetreten wäre, würden die beiden Züge zusammengestoßen sein. Durch die Entgleisung des angehängten Wagens wurden nur zwei Passagiere leicht verletzt. Wegen Außerachtlassung der Signale und der daraus entstandenen Folgen hatten sich dieser Tage der Maschinist Antoni Bela und der Heizer Jan Matuszak vor dem Sąd Okręgowy zu verantworten, ebenso der Zugführer Władysław Waraś. Die beiden ersten behaupteten, das Signal „Halt!" nicht gesehen, sondern im Gegenteil das Signal „Freie Fahrt" gesehen zu haben. Der Zugführer will das Signal „Halt!" zwar gesehen haben, aber erst im letzten Augenblick; er konnte mit der Maschine sich auch nicht mehr verständigen, weil in seinem Wagen alle Vorrichtungen fehlten, um einen Kontakt herbeizuführen. Ein als Sachverständiger geladener höherer Beamter der Eisenbahndirektion gab zu, daß der Zugführer zwar die Pflicht habe, die Signale zu beachten, soweit seine Berufsarbeit im Wagen dies gestattet, daß aber die Verwaltung dadurch, daß sie auf den Güterzügen alle früher vorhandenen Vorrichtungen eingezogen habe, die eine Verständigung mit der Maschine ermöglichten, die Pflichten des Zugführers illusorisch mache. Das Gericht verurteilte, wie wir dem „Dziennik" entnehmen, den Maschinisten Antoni Bela zu 50 Złoty bzw. 25 Tagen Gefängnis, den Heizer Matuszak zu 20 Złoty bzw. 10 Tagen Gefängnis. Der Zugführer Waraś wurde freigesprochen.

Sport und Spiel.

Am Sonntag fand die feierliche Eröffnung der Rudersaison des Rudervereins „Polonia" statt, der ein Festgottesdienst in der Kapelle der Elisabethschwestern vorausging. Nach Ansprachen von Delegierten der Posener Rudervereine wurde die Flagge gehißt und eine Bootsdefilade vor den geladenen Gästen veranstaltet, an der auch die Rudervereine „Triton", „Germania", „Neptun", „A. Z. S.", „Tow. Wioślarzy" usw. teilnahmen. Während des Frühstücks im Pavillon der „Polonia" wurden Ansprachen zu Ehren des polnischen Sports gehalten und Toaste dargebracht auf den Staatspräsidenten, das Heer, auf das 7. Pionierregiment, dessen Kommandeur, den Obersten Górski, und die Presse, als Protektoren des Rudersports in Posen. Am Nachmittag fand ein Konzert statt und am Abend ein Tanzvergnügen.

Die Boxkämpfe auf dem Warta-Platz brachten u. a. eine Disqualifizierung Kuczkowskis gegen den Krakauer Zakrzewski (A. Z. S.) und einen Punktsieg des Hauptmanns Baran über Ertmański, der vorwiegend in der Defensive war.

Vom Radsport. Bei einem polnisch-italienischen Wettkampf in Warschau siegten Lange und Łazarski über die Italiener Bossi und Delgrasso.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Sm. in G. Uns ist eine derartige Taxe nicht bekannt. Die Forderung des Tierarztes ist unter keinen Umständen zu hoch, sondern entspricht durchaus den heutigen Zeitverhältnissen.

W. Sch. Nach unserer Auffassung sind Sie einwandsfreier polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Wirtschaft.

Die Lohnverständigung im polnisch-oberschlesischen Gruben- und Hüttenrevier ist, entgegen anderweitigen Meldungen, noch nicht zum Abschluß gekommen. Der Verband der oberschlesischen Gruben- und Hüttenbesitzer hat der Wojewodschaft in Kattowitz mitgeteilt, daß er von dem Vertrage, der am vergangenen Dienstag unter der Bedingung einer Herabsetzung der Löhne in den Kohlengruben um rund 10 Prozent und in den Hütten um durchschnittlich 18 Prozent eingegangen worden ist, zurücktrete. Dem Wunsch der Arbeiterschaft nach einem Preisabbau ist inzwischen dadurch entgegengekommen worden, daß eine am 30. Mai in Kattowitz stattgefundene Versammlung von Vertretern der oberschlesischen Kaufmannschaft einstimmig beschlossen hat, die Preise für Textil-, Konfektions- und Schuhwaren um 10 Prozent herabzusetzen.

Industrie.

⊙ **Ein großes Elektrizitätswerk in Rußland** wird gemeinsam von der Brünner Maschinenfabrik und den Witkowitzer Eisenwerken erbaut, und zwar liefert die erstere die Turbogeneratoren, und die letztgenannten liefern die Kesselanlagen. Der Gesamtwert des Auftrages beläuft sich auf 25 Millionen Kronen.

Von den Banken.

△ **Die Kreditpolitik der Polnischen Bank** steht ebenso wie diejenige der Deutschen Reichsbank, und aus denselben Gründen, im Zeichen äußerster Zurückhaltung. Aus der Bilanz der Bank Polski vom 20. Mai ist zwar zu ersehen, daß das Wechselportefeuille sich innerhalb der letzten Dekade um 2 349 000 Złoty vergrößert hat. Im Liquidationskonto der Polnischen Landesdarlehnskasse zeigte aber der Saldo der Warenkredite eine Verringerung um ca. 1 Million Złoty, so daß also in Wirklichkeit die Wirtschaftskredite um nur ca. 1 200 000 Złoty zugenommen haben. Der Geldmittelumlauf ist in der letzten Dekade um 14 Millionen Złoty geringer geworden. Die „Nowa Reforma" bemerkt hierzu: „Durch eine derartige Deflation, die letzten Endes durch das Anziehen der Steuerschraube bewirkt wird, nimmt die Fähigkeit der Bevölkerung zur Zahlung von Steuern natürlich noch weiter ab. Im Laufe eines Monats wurden 34 Prozent des Umlaufs für Zwecke des staatlichen Haushalts verwendet. Am Ende des Monats befinden sich fast zwei Drittel des Umlaufs unausgenützt in den Staatskassen."

△ **Berichtigung.** Wir haben nach der „Gazeta Powszechna" mitgeteilt, daß die Bank Związku dem früheren Finanzminister Dr. Michalski den Vorschlag gemacht haben soll, den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen. Die Nachricht ist, wie das Blatt jetzt meldet, irrig. Dr. Englich, der Vorsitzende im Aufsichtsrat der Bank Związku, behält auch weiter seinen Posten; er hat nur das Amt als Delegierter des Aufsichtsrats im Vorstande der genannten Bank niedergelegt.

Von den Märkten.

Holz. Warschau, 13. Juni. Die Ausfuhr von unverarbeitetem Holz aus Polen betrug für den Monat Mai nach Angaben des Haupt-Ein- und Ausfuhramtes in Kilogramm: Nadelholz: Bauholz in Kiefer 4 284 700, Grabenhölzer 4 568 700, Telegraphenstangen 973 000, Holz zur Papierfabrikation 8 975 400, andere Nadelhölzer 2 084 250, zusammen 20 886 050 Kilo. Laubholz: Eiche 10 817 550, Erle 7 488 950, Birke 899 000, Esche 747 000, Buche 54 900, Weißbuche 869 400, Espe 3 941 000, Ahornhölzer 319 500, zusammen 25 317 300 Kilo. Insgesamt wurden im Mai 46 203 350 Kg. ausgeführt. Im April betrug die Ausfuhr 86 471 080, im März 56 048 100 Kilo.

Produkten. Danzig, 14. Juni. Inoffizielle Notierungen. Weizen 11,60—12,20, Roggen 8,50—8,65, Gerste 8,70—9,35, Hafer 8,70—9, Viktoriaerbsen 12—20, Weizen und Roggenkleie 8, Roggenmehl 25—26, Weizenmehl 37—39. Die amtliche Produktenbörse ohne Notierungen.

Kattowitz, 13. Juni. Weizen 23—25, Roggen 13,75, Hafer 15, Gerste 13,75, Leinkuchen 22—23, Rapskuchen 18, Weizenkleie 10,30, Roggenkleie 10,05.

Warschau, 14. Juni. In privaten Umsätzen wurden pro 100 Kilo netto franko Verladestation in Złoty notiert: Weizen 20, Roggen 11, Hafer 13, Gerste 12,50, Weizenkleie 9, Roggenkleie 7, Leinkuchen 19,50, Rapskuchen 15; pro Kilo franko Warschau in Złoty: Weizenmehl 50proz. 0,39, Roggenmehl 50proz. 0,25, 70proz. 0,22. Tendenz ruhig; großes Angebot und geringe Transaktionen.

Börse.

‡ **1 Gramm Feingold** wird am 15. und 16. Juni (laut „Mon. Polski" Nr. 135) mit 3.4197 Złoty bezahlt.

‡ **Goldmünzen** bei der Bank Polski unverändert.

‡ **Danziger Börse vom 14. Juni.** (Amtlich.) Warschau 111.22 bis 111.78, Złoty 111.72—112.28, Neuyork 5.7855—5.8145, telegr. 5.7905—5.8195, London 25.00, Amsterdam 215.95—127.05, Rentenmark 138.902—139.598.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty

Wertpapiere und Obligationen:	16. Juni	14. Juni
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	3.00 (pro Dollar)	3.10
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	3.10	3.10
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	0.45 pro Stück	—.—
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	2.50	2.60
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. (exkl. Kup.)	4.60	—.—
Industrieaktien:		
R. Barcikowski I.—VI. Em.	0.75	—.—
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.70	—.—
Centrala Rolników I.—VII. (o. Kup.)	0.45	—.—
Centrala Skór I.—V. Em.	2.35	2.50
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	—.—	0.40
Goplana I.—III. Em. exkl. Kup.	2	1
Hurt. Związkowa I.—V. Em. o. Kup.	0.20	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	3.15	—.—
Dr. Roman May I.—IV. Em. o. Bezr.	20.50	—.—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—.—	55
Płótno I.—III. Em.	0.45	0.45
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em. exkl. Kup.	0.30	—.—
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. exkl. Kupon	0.90	—.—
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	0.10	—.—
Tri I.—III. Em. exkl. Kupon	4.50	—.—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	5.75—5.50	—.—
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	9—8.50	9.00
Wytwórnia Chemiczna I.—VI. Em. exkl. Kupon	0.35—0.30	0.35

Tendenz: unverändert.

Berichtigung: In der Börse vom 14. Juni muß der Kurs „Goplana" 2 Zł. lauten, und nicht 1 Zł.

‡ **Warschauer Börse vom 14. Juni.** Devisen unverändert. Effekten schwach. Es notieren Bankwerte: Handlowy 4.95 Kredytowy 0.75, Przem. Polskich 0.32, Zachodni 1.90, Zw. Spół. Zarobk. 3.60, Ziemian 0.30; Industriewerte: Cerata 0.25, Kijewski 0.25, Puls 0.10, Spieß 0.60, Welt 0.92, Wildt 0.16, Siła i Światło 0.60, Chodorow 4.90, Czersk. Częstocice 1.70, Gosławice 1.15, Michałow 0.50, W. Tow. Fabr. Cukru 3.20, W. T. K. Węgla 3.55, Polska Nafta 0.60, Nobel 1.30, Cegielski 0.57, Fitzner & Gamper 3.90, Rau 0.54, Modrzejewski 5.25, Norblin 0.65, Ostrowiecki 5.97, Parowóz 0.32, Rudzki 1.20, Starachowice 2.34, Ursus 1.30, Żyrardów 38.00, Haberbusch u. Schiele 4.85, Emielow 0.60.

‡ **Züricher Börse vom 14. Juni.** (Amtlich.) Warschau 109.00 Neuyork 5.66⅝, London 24.47, Paris 30.25, Wien 79.90, Prag 16.635, Mailand 24.655, Brüssel 25.60, Budapest 62.25, Helsingfors 14.10, Sofia 4.03, Stockholm 150.75, Madrid 76.25, Berlin 1.355 Belgrad 6.71, Athen 9.80.

Warschauer Vorbörse vom 16. Juni.

(In Złoty)

Dollar 5.21. Engl. Pfund 22.24. Schweizer Franken 90.80. Franz. Franken 27.30.

Warschauer Börse vom 14. Juni.

Devisen (in Złoty):

Belgien	23.98—23.90	Paris	27.75
Berlin	—.—	Prag	15.25—15.24
London	22.40	Schweiz	91.57½
Neuyork	5.18½	Wien	7.32½
Holland	193.95	Italien	22.95

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 16. Juni 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	—.—	Roggenmehl II. Sorte (65% inkl. Säcke)	18.50
Roggen	9.20—10.20	Gerste	10.20
Weizenmehl (65% inkl. Säcke)	33.00—35.00	Braugerste	12.00—13.00
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	16.00—18.00	Hafer	12.00—13.00
		Roggenkleie	7.60

Marktlage unverändert. — Tendenz: schwach.